

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Schriftföhrer:
Erich Kästner, Berlin.
Verleger: Karl Schöler 4595/4199



Redaktion für Verlag und Schriftföhrung:
Berlin O 20 01, Zehn-Kilometer-Platz 6
Telefon: 60000

Die Zeitung wird im Selbstverlag
des Verlegers E. Kästner in Berlin O 20 01, Zehn-Kilometer-Platz 6
verlegt. Die Redaktion ist in Berlin O 20 01, Zehn-Kilometer-Platz 6.

Berlin, den 8. Dez. 1932.

Freiheit, Arbeit, Sozialismus!

Das Geschloß
Amsterdäm

Die sozialdemokratischen Anträge im Reichstag.

SPD. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat im neuen Reichstag eine grosse Anzahl von Anträgen und Gesetzentwürfen eingebracht, die alle ein gemeinsames Ziel haben: Gegen die Reaktion und für die Freiheit, gegen die Wirtschaftskrise und für Arbeitsbeschaffung, gegen das kapitalistische System und für Sozialismus.

"Der Kampf geht in unverminderter Schärfe weiter", wie gegen Papen so gegen Schleicher - so hiess es im letzten Aufruf des Sozialdemokratischen Parteivorstandes. Deshalb stehen an der Spitze der sozialdemokratischen Anträge das Misstrauensvotum gegen das Kabinett Schleicher und die Forderung auf Aufhebung der Notverordnungen der Regierung Papen.

Die erste Sorge gilt den Opfern der Schreckensjustiz, die in den letzten Monaten Hunderte von begeisterten Kämpfern der Eisernen Front in die Gefängnisse und die Zuchthäuser geworfen hat. Deshalb hat die Sozialdemokratie einen Amnestiegesetzentwurf eingebracht, der die sofortige Freilassung dieser Opfer fordert. Die Kämpfer für die Republik und die Arbeiterrechte sollen frei werden, nicht aber die politischen Mörder und Sprengstoffattentäter. Gleichzeitig soll durch Aufhebung der Sondergerichte und der Terrornotverordnung die Wiederherstellung normaler Justizverhältnisse angebahnt werden.

Hilfe für die Opfer der Krise ist die erste wirtschaftspolitische Forderung, die die Sozialdemokratie zu erheben hat. Deshalb verlangt sie wie schon im vorigen Reichstag die vollständige Aufhebung der Notverordnung vom 14. Juni und damit die Rückgängigmachung ihres brutalen Abbaus bei der Arbeitslosenunterstützung und der Wohlfahrtspflege, bei den Renten der Sozialversicherung und bei der Versorgung der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen. Deshalb verlangt sie darüber hinaus Durchführung einer umfassenden Winterhilfsaktion, die der notleidenden Bevölkerung kostenlose Versorgung mit Brot und Kohle und billiges Fleisch verschaffen soll. Deshalb verlangt sie schliesslich, dass das Reich endlich den Gemeinden finanziell zu Hilfe kommt, die am Rande des Zusammenbruchs stehen und ohne Reichszuschüsse nicht einmal ihre immer weiter abgebauten Unterstützungen mehr auszahlen können.

Hilfe für die Opfer der Krise ist aber auch der Leitgedanke der sozialdemokratischen Forderungen nach Mietbeihilfen, nach Pachtsenkung und Pachtschutz und nach Entlastung notleidender Schuldner. Die hilfsbedürftigen Mieter, die ihre Miete nicht mehr zahlen können, sollen durch ausreichende Mietbeihilfen unterstützt und durch einen Vollstreckungsschutz vor der Exmittierung bewahrt werden. Für notleidende Mieter von Neubauwohnungen sind besondere Hilfsmassnahmen vorgesehen. Der Entwurf eines Pachtschutzgesetzes soll nicht nur den landwirtschaftlichen, sondern auch den kleingewerblichen Pächtern Schutz vor ungerechtfertigten Pachtforderungen bieten und Möglichkeiten der

Pachtsenkung eröffnen. Der Gesetzentwurf über Entlastung notleidender Schuldner zeigt die Wege, auf denen Schuldner, die ohne Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Existenz ihren Schuldverpflichtungen nicht mehr voll nachkommen können, Hilfe und Entlastung zuteil werden kann.

Für planmässige öffentliche Arbeitsbeschaffung, gegen nutzlose Vergeudung öffentlicher Mittel zugunsten der Privatunternehmer - das ist der Grundgedanke des sozialdemokratischen Gesetzentwurfs über planmässige Arbeitsbeschaffung. Für Wohnungs- und Strassenbau, für dringende Gemeindearbeiten, für die kollektive Selbsthilfe der Arbeitslosen und für die Schulung jugendlicher Erwerbsloser wird hier ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeitsbeschaffung entworfen, für das eine Milliarde Mark aus Anleihemitteln, notfalls durch eine Zwangsanleihe, bereitgestellt werden soll. Ihre notwendige Ergänzung soll diese Arbeitsbeschaffungsaktion durch eine gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden finden.

Nicht Arbeitsbeschaffung allein, sondern erst die völlige Umstellung der gesamten Wirtschafts- Sozial- und Steuerpolitik kann die Ueberwindung der Krise herbeiführen. Deshalb stellt die Sozialdemokratie dem Papenprogramm zur Belebung der Wirtschaft, dessen völliges Versagen soeben erst die Gewerkschaften mit aller Klarheit nachgewiesen haben, ihr eigenes Programm zur Belebung der Wirtschaft entgegen. Nicht Zerstörung, sondern Stärkung der Massenkaufkraft, nicht Erdrosselung, sondern Förderung der Ausfuhr sind die leitenden Gesichtspunkte dieses Programms.

Wenn die Sozialdemokratie die Aufhebung der Lohnabbauverordnungen vom September, die Erhöhung der Unterstützungen und Renten, die Durchführung einer grosszügigen Winterhilfe verlangt, so tut sie das nicht nur aus sozialpolitischen Erwägungen, nicht nur um den Opfern des Lohn- und Unterstützungsabbaues Hilfe zu bringen, sondern zugleich um durch Stärkung der Massenkaufkraft die wirtschaftspolitischen Voraussetzungen für die Ueberwindung der Wirtschaftskrise zu schaffen. Wenn die Sozialdemokratie gleichzeitig die Erhöhung der Besitzbelastung durch Notabgaben von den hohen Einkommen und Vermögen, durch Luxussteuern und durch Kürzung der hohen Gehälter und Pensionen verlangt, dafür aber Abbau der Massenbelastung durch Aufhebung der Arbeitslosenabgabe, der Salzsteuer und Milderung der Bürgersteuer fordert, so tut sie das ebenfalls nicht nur um die steuerliche Gerechtigkeit wiederherzustellen und Deckung für die Erhöhung der Unterstützungen und die staatlichen Hilfsmassnahmen zu schaffen, sondern zugleich um auch auf diesem Wege die Massenkaufkraft zu stärken und die Belebung der Wirtschaft zu erleichtern.

Ueber Arbeitsbeschaffung und Arbeitszeitverkürzung, über Stärkung der Massenkaufkraft und Förderung der Ausfuhr hinaus muss das Uebel der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit an der Wurzel bekämpft werden. Und das kann nur geschehen durch Ueberwindung des kapitalistischen Systems. Deshalb hat die Sozialdemokratie ihre Gesetzentwürfe zum Umbau der Wirtschaft, die schon dem vorigen Reichstag vorlagen, erneut in der gleichen Fassung eingebracht. Verstaatlichung der Grossbanken, der Versicherungen und der Schlüsselindustrien ist ihre erste entscheidende Forderung, Schaffung eines Bankenamts und eines Kartell- und Monopolamts und schliesslich - als Krönung des ganzen - Schaffung einer Planstelle ist die zweite Forderung. Enteignung des Grossgrundbesitzes, Einführung von Staatsmonopolen und Vereinheitlichung der Elektrizitätswirtschaft sind weitere grundsätzliche Forderungen für den Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsordnung.

Alle diese Gesetzentwürfe und Anträge, so hoch auch ihre Ziele gesteckt sind und so weit ihr Rahmen gespannt ist, heben sich durch ihre klare und nüchterne Sachlichkeit eindeutig ab gegen die plumpe und verlogene Demagogie der nationalsozialistischen und kommunistischen Antragschusterei. Sie sind alle Teile eines wohlgedachten Systems zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit, zum Aufbau einer sozialistischen Wirtschaft, die kein Krisenelend und keine Ausbeutung mehr kennt.

SPD. Breslau, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Zusammenhang mit dem grossen Kynauer Sprengstoffdiebstahl, bei dem vor einigen Wochen mehreren inzwischen verhafteten Naziterroristen rund ein Zentner Dynamit in die Hände gefallen war, wurde am Donnerstag der evangelische Pfarrer Fuchs aus Dittmannsdorf Kreis Waldenburg von der Polizei festgenommen. Pastor Fuchs steht unter dem dringenden Verdacht der Begünstigung. Er wurde dem Waldenburger Kreisgefängnis zugeführt.

Von der obersten evangelischen Kirchenbehörde in Schlesien wurde gegen den jetzt verhafteten Nazigeistlichen bereits Mitte November ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Anlass zu diesem Verfahren gab die Nichtvereidigung des Hakenkreuzseelsorgers in dem kürzlich vor dem Schweidnitzer Sondergericht verhandelten grossen Reichenbacher Attentatsprozess. Im Laufe dieses Prozesses hatten sich gegen Fuchs und seine Frau, die beide als Zeugen auftraten, ausserordentlich schwere Verdachtsmomente ergeben.

SPD. Die von der Hygieneorganisation des Völkerbundes einberufene Konferenz zur Vereinheitlichung der Methodik von Untersuchungen über den Ernährungszustand der Bevölkerung, die vom 5. bis 7. Dezember in Berlin tagte, hat im Verlaufe ihrer Besprechungen alle Einzelheiten der Methodik sozialer und medizinischer Untersuchungen zur Feststellung der Unterernährung festgelegt. Die betreffenden Erhebungen werden von den Gesundheitsbehörden der verschiedenen Länder durchgeführt werden.

SPD. Breslau, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Aus der Breslauer Nazikaserne wurde am Donnerstag-Nacht ein schwerverletzter SA-Mann auf die Strasse geworfen. Die Polizei transportierte den Bewusstlosen in das Krankenhaus. Die Untersuchung dieser Feme-Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

SPD. Am Donnerstag beschäftigte sich der Rechtsausschuss des Reichstags mit den von der Sozialdemokratie, den Kommunisten und den Nationalsozialisten eingebrachten Amnestiegesetzentwürfen. Die Reichsregierung war durch den Justizminister Dr. Gürtner vertreten, der im Verlauf der Debatte betonte, dass er im Ausschuss keine in der Amnestiefrage festliegende Meinung des Kabinetts zu vertreten habe. Er wolle nur die erforderliche technische Hilfe bei der Beratung leisten. Immerhin hat der Justizminister versucht, aus den Gesetzentwürfen der Parteien einen Kompromissvorschlag auszuarbeiten, den er dem Ausschuss unterbreitete.

Die Auffassung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion vertrat Abgeordneter Marum. Er führte aus, dass trotz der grundsätzlichen Bedenken, die immer gegen eine Amnestie sprechen, der heutige Zeitpunkt für eine Amnestie besonders deshalb geeignet sei, weil die Urteile der letzten Zeit ausserordentlich furchtbar gewesen seien. Eine grosse Zahl von Angeklagten sei, besonders durch die Sondergerichte, geradezu rechtlos gemacht worden. Auch wer zugebe, dass die Idee der Rechtsautorität durch eine Amnestie geschädigt werde, müsse feststellen, dass das noch viel mehr durch die Rechtsprechung der letzten Zeit geschehen sei. Tötungsverbrechen, Sprengstoffverbrechen und Disziplinarverfahren müssten jedoch von der Amnestie ausgenommen werden. Ein Reichsamnestieausschuss solle in unstrittenen Fällen die Entscheidung der Gerichte nachprüfen und im Wege einer Begnadigungsempfehlung an den Reichs-

Präsidenten korrigieren. Frühere Erfahrungen hätten ergeben, dass die Gerichte bei der Prüfung auf die Anwendung der Amnestie, milde gesagt, voreingenommen gehandelt und die Fälle je nach der parteipolitischen Zugehörigkeit der zu Amnestierenden unterschiedlich behandelt hätten.

Der Kommunist Koska verteidigte den Entwurf seiner Fraktion. Die Redner der Bayerischen Volkspartei, der Deutschnationalen und der "Technischen Fraktion" sprachen sich gegen eine Amnestie aus, während der Zentrumsabgeordnete Wegmann zwar eine Amnestie im gegenwärtigen Zeitpunkt für berechtigt erklärte, aber nicht nur Hochverrat, Landesverrat und die Todesdelikte ausgenommen, sondern auch eine Differenzierung nach der Höhe des ausgesprochenen oder zu erwartenden Strafmasses gemacht wissen will. Der Reichsjustizminister legte den eingangs erwähnten Kompromissentwurf vor, der sehr weit hinter dem sozialdemokratischen Entwurf zurückbleibt.

Der Ausschuss vertagte sich schliesslich für anderthalb Stunden, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu dem Amnestie-Vorschlag Gürtners zu geben.

SPD. Dresden, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Im Sächsischen Landtag wurde am Donnerstag ein Antrag angenommen, in dem die Regierung aufgefordert wird, den der Kirche gewährten Staatszuschuss für die SA-Pfarrer in einer ihrer Nazitätigkeit entsprechenden Höhe zu kürzen.

Antragsteller waren die beiden der Nazi-Opposition ("Deutschsozialisten") angehörenden Abgeordneten Fischer und Fritzsche. Sie wiesen darauf hin, dass nach einer Mitteilung des neuen sächsischen Kirchenblattes die Nationalsozialistische Partei ihren Gruppenkommandos besondere SA-Geistliche beigegeben habe. Die Besoldung der Geistlichen erfolge aus den Mitteln aller Kirchenmitglieder. Der Staat leiste einen erheblichen Zuschuss. Staat und Allgemeinheit müssten also auch Leistungen für den Unterhalt von Geistlichen aufbringen, die neben ihrer kirchlichen Haupttätigkeit noch Parteipfarrer im Dienste einer bestimmten Parteirichtung seien. Der Landtag solle die Regierung ersuchen, mit dem Landeskonsistorium in Verhandlungen zu treten wegen einer Kürzung des Staatszuschusses zu den Pfarrerbesehdungen in einer der parteipolitischen Tätigkeit der Parteigeistlichen entsprechenden Höhe. Die Regierung berief sich auf eine Notiz im "Völkischen Beobachter" vom 25. November, in der die Mitteilung über die Einstellung von SA-Geistlichen bei den Gruppenkommandos als erfunden bezeichnet wird. Der Antrag wäre deshalb gegenstandslos. In seinem Schlusswort entgegnete der Begründer des Antrages, dass in den Nazi-Blättern wiederholt Bilder erschienen seien, auf denen Geistliche zu sehen waren, die im vollen Ornat und unter Hakenkreuzfahnen an nationalsozialistischen Parteifeiern teilgenommen hätten. Der Antrag der Deutschsozialisten wurde schliesslich mit den Stimmen der Linken und der beiden Antragsteller angenommen.

SPD. Es war eine der ersten Massnahmen der grundsätzlich neuen Staatsführung auf dem Gebiete der preussischen Kulturpolitik, dass sie einen Erlass herausgab, der der Evangelischen Kirche das Recht einräumt, durch besondere Beauftragte nachprüfen zu lassen, ob die Lehrer der öffentlichen Volksschulen den Religionsunterricht ordnungsgemäss erteilen. Die Bekanntgabe des Erlasses hat in der gesamten preussischen Lehrerschaft einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die Lehrerschaft ist nach übereinstimmenden Kundgebungen aus allen Teilen des Landes entschlossen, ihre Freiheit von der kirchlichen Beaufsichtigung mit allen zulässigen Mitteln zu verteidigen. Aus diesem Grunde macht der

Kommissar des Reiches im Kultusministerium jetzt den Versuch, die Ruhe nach den Methoden des Obrigkeitsstaates aufrechtzuerhalten. Er hat den Regierungspräsidenten folgenden vertraulichen Erlass übersandt:

"In einigen Lehrervereinen haben sich die Lehrer auf Veranlassung ihrer Vorstände verpflichtet, den Religionsunterricht für den Fall einer Durchführung des Erlasses vom 2. August d.J. niederzulegen. Auch wird in einem Teil der Lehrerpresse ein Kampf gegen die Einsichtnahme geführt, der darauf hinziele, weitere Lehrer zu diesem Schritt zu veranlassen. Ich weise auf diese Bestrebungen mit dem Bemerkten hin, dass dessen ungeachtet die Durchführung des Erlasses vom 2. August d.J. zu sichern ist. Wo derartige Bestrebungen platzgreifen, wird eine intensive Aufklärungsarbeit seitens der Schulräte und Regierungs- und -schulräte einsetzen müssen, da in der Lehrerschaft offenbar über den Sinn der Einsichtnahme vielfach falsche Meinungen verbreitet sind. Gegebenenfalls wird aber auch ernstlich, am besten in persönlicher Aussprache mit den betreffenden Lehrern, darauf aufmerksam gemacht werden müssen, dass sich eine Bekämpfung des Erlasses vom 2. August d.J. in der Öffentlichkeit und eine Beeinflussung der Elternschaft zu diesem Zweck mit den Beamtenpflichten eines Lehrers nicht vereinigen lässt. Falls sich im dortigen Bezirk der Durchführung des Erlasses ernstliche Schwierigkeiten entgegenstellen sollten, erwarte ich Bericht. Die Ausführung dieses Erlasses bitte ich der Schulabteilung zu übertragen."

Der neue Unterrichtskommissar Kähler gibt also der Volksschullehrerschaft eine Musterlektion über autoritäre Staatsführung, wie sie eindrucksvoller kaum gedacht werden kann. Die Lehrerschaft, die diesen Erlass zur Kenntnis nimmt, sollte daraus die notwendigen Folgerungen selbst zu ziehen wissen.

SPD. Genf, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag wurde der deutsche Aussenminister in der Fünfmächte-Besprechung um eine Antwort auf die Frage gebeten, ob Deutschland auf der Grundlage der letzten Erklärung Herriots in die Abrüstungskonferenz zurückkehren werde.

Statt eine Antwort zu geben stellte Neurath folgende Gegenfragen: 1) Soll die Gleichberechtigung in der künftigen Vereinbarung in jeder Hinsicht praktische Auswirkung erhalten und soll diese Vereinbarung der Ausgangspunkt der kommenden Aussprachen auf der Konferenz sein soweit die abgerüsteten Staaten in Frage kommen? 2) Schliesst der Gedanke Herriots über die Sicherheit für alle Nationen jenes Element der Sicherheit ein, das in der allgemeinen Abrüstung liegt, wie es die Völkerbundsversammlung anerkannt hat?

In einer Erläuterung dieser Fragen erklärte Neurath, dass diese Fragen zuerst in befriedigendem Sinne beantwortet werden müssten, ehe er eine definitive Antwort wegen der Wiederbeteiligung Deutschlands an der Abrüstungskonferenz geben könne. Die Anerkennung der Gleichberechtigung als eines der Ziele der Konferenz in Herriots Erklärung könne dahin missverstanden werden, dass sie nur ein Prinzip darstellen solle. Aber nur eine volle Auswirkung und praktische Anwendung der Gleichberechtigungsthese Herriots könne für Deutschland in Frage kommen. Deshalb sei es notwendig, dass bei der Erörterung aller Fragen auf der Konferenz künftig die Gleichberechtigung von vornherein zum Ausgangspunkt genommen werde. Sei die Beantwortung nicht positiv, so habe die Teilnahme Deutschlands an der Abrüstungskonferenz keinen Sinn, da es sonst nicht wisse, ob und inwiefern die gefundenen Lösungen auf Deutschland Anwendung fänden. Die zweite Frage sei nicht misszuverstehen. Er nehme an, dass das von Herriot erwähnte Sicherheitssystem auch die Sicherheit umfasse, die durch die allgemeine Entwaffnung herbeigeführt werde. Diese Auffassung müsse aber ausdrücklich bestätigt werden.

Paul Boncour stellte die Gegenfrage nach detaillierten Auskünften darüber, was die deutsche Regierung unter dem Ausdruck "Gleichberechtigung" verstanden wissen wolle. Die Verhandlungen werden am Freitag unter dem Vorsitz MacDonalds fortgesetzt.

SPD. Am Donnerstag fand zwischen dem Reichskanzler und dem preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun auf Wunsch Schleichers eine Unterredung über den "Preussenkonflikt" statt. Ein Ergebnis hatte die Besprechung nicht. Die Nationalsozialisten behaupten, dass die Besprechung Schleicher-Braun der Stellungnahme der Sozialdemokratie gegenüber der Schleicher-Regierung gegolten habe und die Sozialdemokratie durch Braun die Möglichkeiten einer Tolerierung der Reichsregierung habe sondieren lassen. Das ist ein plumper Schwindel. Die Sozialdemokratie hat im Reichstag gegen die Schleicher-Regierung einen Misstrauensantrag eingebracht, während die Nazi-Fraktion zwar von "scharfem Kampf" gegen die Regierung Schleicher redet, aber bisher auf ein Misstrauensvotum verzichtet hat und im Begriff steht, die baldige Abstimmung über den sozialdemokratischen Antrag dadurch zu verhindern, dass sie am Freitag mit den bürgerlichen Parteien für die Vertagung des Reichstags bis Mitte Januar stimmt. Das ist gleichbedeutend mit einer Tolerierung der Schleicher-Regierung durch die Nationalsozialisten. Ihr neuester Schwindel über die Sozialdemokratie hat keinen anderen Sinn als von dem Widerspruch zwischen ihrer Theorie und ihrer Praxis abzulenken.

SPD. Köln, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Auf Grund der Terrorverordnung verurteilte ein Kölner Gericht einen Händler zu einem Jahr Zuchthaus, weil er einem Nazimann, der ihn gereizt, einen Fusstriff gegeben hatte. Hingegen kam ein Nazimann aus Holzhausen im Siegerland mit sechs Monaten Gefängnis davon, obgleich er sich des schweren Landfriedensbruches schuldig gemacht hatte. Der SA-Mann befand sich unter einer Nazihorde, die einen Reichsbannermann zwingen wollte, seine Freiheitsfahne einzuziehen. Die Fahne blieb hängen, aber der Reichsbannermann erhielt durchs Fenster einen Kopfschuss, an dem er gestorben ist. Der Nazimörder ist bis heute noch nicht verhaftet.

SPD. Paris, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

An den Verhandlungen zwischen Frankreich und England in der Schuldenfrage die am Donnerstag von zehn Uhr vormittags bis 2½ Uhr nachmittags dauerten, nahmen Herriot, der französische Finanzminister, MacDonald und der englische Finanzminister teil.

In einem amtlichen Kommuniqué wird über die Besprechung mitgeteilt, dass die Vertreter beider Regierungen ihre Lage gegenüber dem Lausanner Abkommen in Erwägung gezogen und die durch die Schuldentzahlungen vom 15. Dezember aufgeworfenen Schwierigkeiten geprüft haben. Obgleich sie ihre volle Unabhängigkeit in ihrem Vorgehen gegenüber Amerika bewahren wollten, hätten sie ihren gemeinsamen Willen festgestellt, weiter im Sinne einer internationalen Zusammenarbeit zu handeln, um günstige Massnahmen für die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Welt zu erreichen.

In den Wandelgängen der Kammer verlautete am Nachmittag, dass sich England und Frankreich darüber geeinigt haben, die am 15. Dezember fälligen Summen zu zahlen, jedoch Amerika zu erklären, dass dies die letzten Zahlungen

sein. Wenn dieser Beschluss zutreffend ist, so ist er wahrscheinlich auf die am Mittwoch-Abend überreichte amerikanische Antwort an England zurückzuführen, die wiederum jeden Zahlungsaufschub ablehnt. Der englische Finanzminister ist am Nachmittag nach London zurückgekehrt, MacDonald ist am Abend nach Genf gereist.

In der Kammer bildete die Schuldenfrage am Donnerstag das Hauptthema der Unterhaltungen und Fraktionsberatungen. Die sozialistische Fraktion hat nach langer Debatte eine von Vincent Auriol in der Kammer eingebrachte Entschliessung gebilligt, die die Schuldenszahlung ablehnt und die Regelung des Problems durch einen Sachverständigenausschuss oder eine gemeinsame Gläubiger- und Schuldnerkonferenz verlangt.

SPD. In Preussen wird zurzeit zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wieder eifrig um die Person eines neuen Ministerpräsidenten gekuhhandelt. Die Aussichten, dass die Wahl eines nationalsozialistischen Ministerpräsidenten bald zustandekommt, sind jedoch nach dem augenblicklichen Stand der Dinge ziemlich gering.

Am Donnerstag-Abend hatte der Reichskanzler mit dem Führer der preussischen Zentrumsfraktion Dr. Lauscher eine längere Besprechung, die insbesondere der Frage galt, unter welchen Voraussetzungen die Reichsregierung bereit ist, das Preussen-Kommissariat aufzugeben. Das Bestreben der Reichsregierung geht dahin, die Nationalsozialisten über Preussen zu ihrer Tolerierung zu zwingen. Sie will das Preussenkommissariat nur aufheben, wenn der neu zu wählende preussische Ministerpräsident zugleich dem Reichskabinett als Vizekanzler angehört und so der Reichspolitik von Preussen her keine Schwierigkeiten gemacht werden. Die bei den Nationalsozialisten von Gregor Strasser geführte Richtung ist bereit, den von der Schleicher-Regierung erstrebten Weg mitzugehen. Das Zentrum hat deshalb in den letzten Tagen versucht, Strasser für das Amt eines Ministerpräsidenten zu gewinnen. Dieser Versuch ist gescheitert, indem die Nationalsozialisten offiziell Göring vorgeschlagen haben. Damit ist der Kuhhandel zwischen Nationalsozialisten und Zentrum um Preussen wieder ins Stocken geraten.

In unterrichteten Kreisen wird der "Erholungsurlaub" den Strasser inzwischen angetreten hat, in erster Linie darauf zurückgeführt, dass er von der radikalen Richtung seiner Partei desavouiert wurde und an Stelle seiner Kandidatur offiziell die Göring's gesetzt worden ist.

SPD. Genf, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)
Die Völkerbundsdebatte über den Mandschureikonflikt wurde am Donnerstag abgeschlossen.

Während China sich zu Verhandlungen bereit erklärte, sprach Japans Vertreter kein Wort davon. In schärfster Form stellte er Japans Politik als eine Lebensnotwendigkeit dar. Wenn Japan gewusst hätte, dass Amerika dem Völkerbund nicht beitreten werde, wäre es ebenfalls draussen geblieben. Japan seien die Hände durch den Völkerbundspakt gebunden. Trotzdem stehe die Mehrheit des japanischen Volkes loyal zum Völkerbund, wenn auch immer wieder Stimmen für den Austritt laut würden. Die Beziehungen zu Sowjet-Russland hätten sich deshalb so gebessert, weil es Verständnis für Japans Vorgehen in der Mandschurei gehabt und es unterstützt habe. Japan werde deshalb in kurzer Zeit einen Nichtangriffspakt mit Sowjet-Russland abschliessen können. Ob Krieg oder Frieden zwischen Japan und USA oder Russland kommen werde, das habe der Völkerbund

jetzt in der Hand und trage die Verantwortung dafür. Ohne die nötige Biegsamkeit in der Auslegung des Paktes könne Japan nicht im Völkerbund bleiben. Die Aufrechterhaltung des Status quo in der Mandschurei sei unmöglich. Andere Völker hätten hier erklärt, ihre Lebenslinie sei der Völkerbund, Japans Lebenslinie sei die Mandschurei. Ein starkes Japan stabilisiere die Lage im fernen Osten, jede Ermutigung Chinas schwäche Japan. Sei aber Japan schwach, dann werde Russland China bald annektiert haben. Helfe die Weltmeinung jetzt nicht den Japanern, dann müssten sie sich freie Hand behalten und auf besseres Verständnis hoffen.

Eine solche Herausforderung stellt den Völkerbund verschärft vor die Frage von Sein oder Nichtsein. Das Büro wird am Freitag vormittag zusammen-treten, um vor allem zu einem Vorschlag für Verhandlungen im Neunzehner-komitee zu gelangen.

SPD. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit :

"Gregor Strasser tritt mit Genehmigung des Führers einen Krankheits-
urlaub von drei Wochen an. Alle weiteren daran geknüpften Berichte und Kom-
binationen sind unzutreffend und entbehren jeglicher Grundlage."

Was nach dieser Nazi-Erklärung "jeglicher Grundlage" entbehren soll, ist das Gerücht, das am Donnerstag-Nachmittag in Berlin von sehr gut unter-richteten politischen Kreisen verbreitet wurde: dass Gregor Strasser aus der
Hitlerpartei ausgetreten sei. Wenn er jetzt für drei Wochen zur Erholung ge-
gangen ist, so bestätigt diese Tatsache den schweren Konflikt innerhalb der
Nazipartei. Schon seit Wochen stehen sich im Nazi-Lager zwei Flügel gegen-
über, von denen der eine zu Kompromissen mit den bürgerlichen Parteien bereit
ist und von Tag zu Tag stärker zur "Futterkrippe" drängt, während der andere
stur die Auffassung vertritt, dass die Nazi-Partei nur eine Reichsregierung
unterstützen darf, in der Hitler Reichskanzler ist. Dieser Kampf hat jetzt
sein erstes Opfer gefordert: Strasser geht in Erholungsurlaub. Die radikale
Richtung hat vorläufig gesiegt. Damit dürften auch die Aussichten, in Preussen
bald zu einer schwarz-braunen Koalition zu kommen, auf den Nullpunkt gesunken
sein.

SPD. Paris, 8. Dezember (Eig. Drahtb.)

Die Kammer beschloss am Donnerstag auf Vorschlag Herriots eine Erklärung
der Regierung über das Schuldenproblem am Montag entgegenzunehmen. Herriot
ausserte, dass er früher eine Erklärung nicht abgeben könne.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Provokation der Armut.

SPD. Die das Wort von der "Anpassung an die Armut der Nation" erfunden haben, gehören zu der Gesellschaftsklasse, die sich bestimmt nicht an die Armut der Nation anpasst. Die Predigten vom Segen der Armut und von der Notwendigkeit sich einzuschränken sind immer noch von Leuten ausgegangen, die Armut niemals kennengelernt haben. Angepasst wird immer unten nicht oben, und die Anpassung an die Armut der Nation besagt nichts anderes, als dass wer arm ist noch ärmer werden soll. Eine stumpfsinnige und herzlose Bürokratie hilft bei der Durchführung der Herrenpredigt von der Anpassung an die Armut der Nation.

Ein Arbeitsloser in Darmstadt, der bisher 11,95 Mark Wohlfahrtsunterstützung erhielt, bekam das folgende Schreiben des Städtischen Wohlfahrtsamtes zugesandt:

"Ihre Unterstützung wird mit Wirkung vom 30. November 1932 auf wöchentlich 11,50 Mark festgesetzt. Die Kürzung erfolgt um den Betrag, den Sie als Gebühr für Ihren Radio aufwenden müssen. Gegen diese Verfügung steht Ihnen der Einpruch zu, der bei uns binnen zwei Wochen nach Zustellung dieses Schreibens einzulegen ist."

Das ist bewusst höhrende Grausamkeit gegen die Armut! Der Arme soll nicht haben als seine nackte Existenz. Er soll empfinden, dass er arm ist, er soll keine Freude haben! Der Arbeitslose, der es wagt, noch Rundfunk zu hören, muss ihn aufgeben, sonst - Kürzung der Unterstützung! Grau und freudlos soll sein Leben sein! Die Bürokratie predigt ihm: Tue alles von dir, du hast noch etwas, du versuchst dir noch Freude zu haben? Wir werden dir schon beibringen, dass du arm bist und abhängig von uns!

Bei dieser Handhabung wird die Wohlfahrtsunterstützung zu einem Instrument der Schikane und der Quälerei gegen die Armut.

Dieser Unterstützungsabbau von 45 Pfg. pro Woche, dieser behördliche Zwang zum kulturellen Verzicht - das ist die Anpassung an die Armut der Nation, von der wir so oft die Herren in Deutschland reden hören!

Werkpolizei.

Die Herren Unternehmer in Deutschland haben in allem von ihren amerikanischen Kollegen gelernt. Sie haben ihnen nicht nur das Taylorsystem und das fließende Band nachgemacht, sondern auch die Pinkertons, die gegen die Arbeiter besoldeten Achtgroschenjüngens des Scharfmachertums. Jeder deutsche Unternehmer, der etwas auf sich hält, hat seine Werkpolizei. An der Spitze stehen ausnahmslos ehemalige Offiziere, die natürlich stramm national sind. Welchen Daseinszweck hat diese Werkpolizei? Sie ist eine Schutztruppe des Kapitals gegen die Arbeiter.

Es häufen sich die Skandale dieser Scharfmachereinrichtungen. Zwei Fälle der letzten Zeit haben grosses Aufsehen erregt: der Fall des Bahnschutzes in Braunschweig, der selber Eisenbahnanschlüge unternahm, um seinen Daseinszweck zu beweisen, und der Fall des Werkpolizisten Eicke bei J.G. Farben, der Sprengstoff im grossen Stahl, um daraus Bomben für die NSDAP herzustellen. Zu ihnen gesellt sich nun würdig der Leiter der Werkpolizei aus dem Hauptwerk der Nordwolle in Delmenhorst. Dass die Nordwolle der Betrüger Lahusen ihre Werkpolizei haben musste, war ganz selbstverständlich, denn die Lahusens waren Scharfmacher vom reinsten Wasser. Der Chef der Werkpolizei

in Delmenhorst war ein Oberleutnant a.D. Ackermann. Dieser Mann ist der Führer des Delmenhorster Stahlhelms. Er hat dafür Sorge getragen, dass die Nordwolle dem Stahlhelm unter die Arme griff, vor dem Konkurs wie nach dem Konkurs. Dieser Mann wandelte so sehr in den Spuren seines Chefs Lahusen, dass ihn nunmehr ebenfalls sein Schicksal erreicht hat. Er wurde vom Konkursverwalter hinausgeworfen, weil er Werkseigentum systematisch gestohlen, Werkzeugbenzin verschoben und das Werk geschädigt hatte.

So tritt ein Fall zum andern! In dieser Werkpolizei hat der Kapitalismus sich offenbar einen stinkenden Sumpf gezüchtet!

Nazisplitter.

Die Rostocker Studentenschaft veranstaltete eine Versammlung, in der der Bombenattentäter Herbert Volck sprechen sollte. Das Amt für politische Bildung der Rostocker Studentenschaft fordert dazu auf mit einem Flugzettel, auf dem es heisst: "Es spricht der Landvolkkämpfer und Bombenschmeisser Herbert Volck". Die politische Bildung der Rostocker Studentenschaft scheint danach in der Begeisterung für das Bombenschmeissen zu bestehen! Im übrigen bemühen sich um diese Versammlung Nazis, Deutschnationale, Landbund und Stahlhelm. Als Volck prozessiert wurde, wurde er von allen einträchtig verleugnet. Nachdem er amnestiert ist, machen sie mit dem Bombenschmeisser einträchtig Reklame!

+
Ein Fabrikant von Mundharmonikas in Sachsen hatte eine glänzende Idee. Nach dem Muster vom Bismarckhering wollte er eine Hitlermundharmonika herstellen. Für die Mundharmonika gibt es einen bekannten drastischen volkstümlichen Ausdruck: Schnauzenorgel. Schnauzenorgel Marke Hitler - die Idee war glänzend! Das gibt so richtig das wahre Wesen des Mannes in der Bewegung wieder. Leider hatte der wackere Geschäftsnazi eines übersehen: Wenn die Schnauze nicht mehr zieht - wie das Beispiel der letzten Wahlen zeigt - wird auch die Schnauzenorgel nicht mehr gehen. So kam es auch, und der wackere Fabrikant der Mundharmonika Marke Hitler erlebt nun die Enttäuschung aller Geschäftsnazis: mit der Spekulation ist es Essig, wenn das politische Geschäft Hitlers Pleite macht. So häufen sich die Mundharmonikas Marke Hitler bei dem Fabrikanten an, sie sind unverkäuflich geworden. Adolf zieht nicht mehr!

+
Der Nazigauleiter von Wien ist ein gewisser Frauenfeld. Am 3. Dezember tobte er in seinem Blatte: "Wenn Du zum Juden gehst, begehst Du ein Verbrechen an Deinem eigenen Volke." Wenn Du zum Juden gehst, ... Die Wiener "Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht als Antwort darauf eine Bestätigung der Verwaltung des Spitals der Israelitischen Kultusgemeinde Wiens, in der es heisst: "Alfred Frauenfeld wurde am 9. Jänner 1929 im Spitale der Israelitischen Kultusgemeinde Wien zur unentgeltlichen ärztlichen Pflege aufgenommen und am 2. Februar 1929 entlassen." In diesem Spital wird man aus Barmherzigkeit von jüdischen Ärzten kostenlos behandelt. An der Tür jedes Krankenzimmers befindet sich das Abbild der Thorarolle, die Küche ist koscher. Eine feine Marke dieser Nazigauleiter von Wien!

Aus aller Welt

Das Hakenkreuz des Mörders.

Lebenslänglich Zuchthaus für den Mörder der Berliner Sprachlehrerin Bruscato
Der Angeklagte ein Nazi: "Ein sittlich und moralisch minderwertiger Mensch!"

SPD. Das Schwurgericht beim Landgericht II Berlin verurteilte den 23-jährigen Bürogehilfen Friedrich Stark, der am 6. September d.J. die Sprachlehrerin Emma Carl-Bruscato in ihrer Wohnung am Tempelhofer Ufer ermordet und beraubt hat, wegen vorsätzlicher Tötung und Raub mit Todeserfolg zu lebenslänglichem Zuchthaus, ausserdem wegen zwei Diebstählen im Rückfall zu 2 Jahren Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust. Der Staatsanwalt hatte wegen Mordes gegen den Angeklagten die Todesstrafe, wegen der beiden Diebstähle ein Jahr 6 Monate Zuchthaus beantragt. Das Gericht unterstellte dem Täter, dass er zuerst nur einen Diebstahl beabsichtigte, dass er aber, als er hierzu keine Gelegenheit sah, Frau Bruscato vorsätzlich getötet habe.

Den Vorsitz der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Hartmann. Sein cholerasches Temperament, befeuert durch begreiflichen Abscheu vor der Tat, kreuzt sich häufig mit den Erregungszuständen des nervösen, psychopathischen Angeklagten. Es kommt ebenso häufig zu Wutausbrüchen hinter dem Richtertisch wie auf der Anklagebank. Der Officialverteidiger kämpft auf einem verlorenen Posten; kaum ein einziges Mal stellt er eine Zwischenfrage. Auch der Staatsanwalt schweigt während der ganzen Verhandlung. Für ihn liegt der Tatbestand klar. Er schliesst sein Plädoyer mit den Worten: "Der Angeklagte gehört zu den Elementen, die kaum noch als Menschen gerechnet werden können. Das Todesurteil entspricht der Volksstimmung. Sie ist das beste, was die Stimme des Gesetzes hervorrufen kann."

Der Vorsitzende fragt den Angeklagten, ob er sich schuldig bekenne. Friedrich Stark schlägt mit der rechten Faust auf die Tischplatte und schreit "Mit Vorsatz habe ich keinen Menschen getötet." Vors.: "Ich ermahne Sie, sich zu mässigen. Sie heissen Hans?" Angekl. in seinem schwäbischen Dialekt, den er auch während der weiteren Verhandlung beibehält: "Dös isch net wahr." Vors.: "Werden Sie schon wieder frech? Das fängt ja gut an."

Vors.: "Warum sind Sie nach Berlin gekommen?" Angekl.: "Um Arbeit zu finden." Vors.: "Das scheint aber nicht so. Vielleicht um Pulver zu kriegen." Angeklagter: "Das kann ich ihnen sagen, Herr Richter, die Tat wäre nicht passiert, wenn sich die Frau nicht so aufgeregt hätte." Auch weiterhin bleibt der Angeklagte, der sich am Vorabend der Tat bei der ermordeten Sprachlehrerin eingemietet hatte, bei dieser offenkundig unwahren Darstellung: er wollte die geleistete Anzahlung in Höhe von fünf Mark am Vormittag des 6. September zurückhaben; Frau Bruscato weigerte sich und wurde sogar tötlich gegen ihn; erst als er in starkem Masse gereizt worden war, sprang er ihr an die Kehle.

Vor der Erörterung der Mordtat verliest der Vorsitzende Briefe des Angeklagten an seine Freundin. Sie erfährt, dass ihrem Freunde Gelegenheit geboten wird, sich in die Berliner Unterwelt einzuarbeiten...

Unmittelbar vor der Mordtat hat Stark einige Probestücke geliefert. Einem jungen Mädchen stahl er 50 Mark. Einer hilflosen alten Frau, bei der er ein Zimmer "gemietet" hatte, entwendete er eine goldene Damenuhr. Auch in seiner Heimat Stuttgart, hat sich Stark früher wiederholt Eigentumsvergehen zu schulden kommen lassen. Er kam dafür eine zeitlang in Fürsorgeerziehung. Seine Erzieher nennen ihn in Zeugnissen, die verlesen werden, "kritiklos, willensschwach, egozentrisch, psychopathisch - eine taube Nuss, eine geistige Null." Der medizinische Sachverständige fügt hinzu: "Er ist der typisch asoziale, sittlich und moralisch minderwertige Mensch."

In Stuttgart erfolgte auch die Verhaftung; ein Freund zeigte ihn an. Zuerst leugnete der Angeklagte die Tat; im D-Zug nach Berlin wurde er aber gesprächig und legte ein Geständnis ab. Jetzt vor Gericht will er wieder nicht recht mit der Sprache heraus. Er meint: "Ich habe so eine Wut gekriegt. Die Frau flug auf die Chaiselongue." Vors.: "So von selber? Angeklagter, Ihr schlechtes Gewissen sieht man Ihnen auf Schritt und Tritt an." Angekl.: "Ich habe kein schlechtes Gewissen."

Stark hat Frau Bruscato heftig geschlagen, hin- und hergeworfen und schliesslich wiederholt stranguliert. Dann ging er in ein Nebenzimmer und zog sich hier die Sachen eines Untermieters an, weil sein eigener Anzug blutbefleckt war. Er kehrte ins Mordzimmer zurück, suchte nach Geld, fand auch einige Reichsmark, zählte die Summe sorgfältig durch und schlang dann nochmals seinem Opfer, das noch röchelte, ein Band um den Hals. Nach Aussage der Gerichtsmediziner war der Leichnam Frau Bruscatos geradezu grauenvoll zugerichtet. Vors.: "Ist denn das nicht alles fürchterlich?" Angekl.: "Ich war aufgeregt, sie hätte ruhig sein sollen." (Starke Bewegung).

Als die Mordkommission am Tatort erschien, fand sie u.a. unter dem Leichnam der Ermordeten ein Hakenkreuz. Es ist dem Täter während des Ringens mit seinem Opfer aus dem Anzug gefallen...

Als erster Zeuge wurde der Freund des Angeklagten vernommen. Er bekundete, wie Stark ihm in Stuttgart von der Tat erzählt habe. Stark wollte seinen Freund zu einem falschen Alibibeweis verführen. Der nächste Zeuge, Kriminalkommissar Dr. Barth berichtete, wie er den Angeklagten bei der Ueberführung nach Berlin zum Geständnis gebracht habe. Stark habe vor allen Dingen seinen Vater beschimpft. Jetzt vor Gericht wiederholt er diese Beschimpfungen: "Mein Vater, der Lump, der Kerl mit dem Bierbauch, ist an allem schuld. Der hat mehr auf dem Kerbholz als ich." Vors.: "Mir scheint, Sie haben von Ihrem Vater zu wenig Keile gekriegt. Sie sind ja ein feiner Sohn."

Die 21 und 23 jährigen Töchter der Ermordeten widerlegen mit verschiedenen Einzelheiten die vom Angeklagten vorgeschobenen Motive. Sie sagen aus, dass ihre Mutter sehr grosszügig gewesen sei und sich nicht wegen der Rückzahlung eines Mietvorschusses in einen Streit eingelassen hätte. Andere Zeugen berichten über die vor dem Mord verübten Diebstähle des Angeklagten. Zur Rede gestellt versucht Stark immer wieder abzuschweifen. Vors.: "Sie lügen dauernd." Angekl.: "Da lüg i halt."

Ego.

Jugendtragödie. In der Talsperre Mauer (Riesengebirge) hat sich ein 18jähriger Schüler aus Hirschberg ertränkt. weil er fürchtete, zu Ostern nicht versetzt zu werden. Der Leichnam wurde geborgen.

"Zuchtbulle Hitler". Um den "röhmischen Einfluss" in der Hitlerpartei zurückzudrängen, sind die Nazis der Insel Föhr zu dem Entschluss gekommen, ihren besten Zuchtbulln "Hitler" zu taufen. In Nummer 144 der "Föhrer Zeitung" erschien jetzt ein Inserat, in dem bekanntgegeben wird, dass die beiden angekauften Bullen "Hitler" und "Robin" zum Decken bereitstehen. Wenn jetzt das nationalsozialistische weibliche Rindvieh nicht vor Wonne grunzt, ist Hitler nicht mehr zu helfen.

+ + +
Doppelselbstmord. Am Donnerstag wurde auf den Schienen der Eisenbahnstrecke Oppeln-Dambrau (Oberschlesien) eine männliche und eine weibliche Leiche gefunden. Die Köpfe waren vom Rumpf getrennt. Allem Anschein nach liegt Doppelselbstmord vor.

+ + +
Caro und Kreuger. Im Berliner Caro-Petschek-Prozess beschäftigte sich am Donnerstag der Petschek-Anwalt Drucker, der bekannte Ehrenpräsident des Deutschen Anwaltvereins, mit der Persönlichkeit des angeklagten Geheimrat Caro. Er meinte, dass der gute Leumund des Angeklagten kein Schuldausschliessungsgrund wäre: "Was würde wohl dem passiert sein, der vor einem Jahre Ivar Kreuger der Urkundenfälschung bezichtigt hätte? Auch Ivar Kreuger ist ein angesehener Mann gewesen, der das Vertrauen der ganzen Welt genoss."

+ + +
"Christian ist gestorben!" Im Görlitzer Prozess gegen den fünffachen Giftmörder Just wurde am Donnerstag der Vater des verstorbenen Groba als Zeuge vernommen. Er erzählte, wie der Angeklagte eines Abends mit den Worten ins Haus gestürzt sei: "Christian ist gestorben!" Groba fand seinen Sohn tot, die Schwiegertochter und das Kind schwer erkrankt auf. Der Angeklagte habe sich nicht im geringsten um die Erkrankten gekümmert, sondern das Haus wieder verlassen.

Just erklärte sich in der Donnerstag-Sitzung bereit, die ihm von seiner Kölner Freundin übermittelten Briefe dem Gericht zu überreichen. Er schilderte genau das Versteck der Briefe auf dem Boden des Klein-Partwitzer Gehöfts. Kriminalbeamte wurden damit beauftragt, die Briefe herbeizuschaffen. Das Gericht glaubt aus ihnen beweisen zu können, dass der Angeklagte auch die Ermordung seiner dritten Ehefrau beabsichtigt habe.

+ + +
Liebestragödie. Auf der Landstrasse zwischen Görlitz und Seidenberg fand man in einem unbeleuchtet am Strassenrand stehenden Personenauto den Leichnam eines jungen Mannes; neben ihm lag mit schweren Verletzungen ein junges Mädchen, das in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus Seidenberg eingeliefert wurde. Aus einem hinterlassenen Briefe ist zu schliessen, dass Liebeskummer die Tat ausgelöst hat.

+ + +
Der schießende Nikolaus. In Stupnik (jugoslawien) zogen zwei junge Burschen nach einheimischer Sitte am St. Nikolaustage als Nikolaus und Teufel verkleidet durch das Dorf, und gaben wiederholt aus "evolvern Böllerschüsse ab. Der "Teufel" wurde tödlich getroffen...

+ + +
Beschlagnahmter Schwarzsender. In einem Hause in der Reinickendorfer Strasse in Berlin N. wurde von Beamten der Berliner Kriminalpolizei, der Reichsrundfunkgesellschaft und der Postüberwachungsstelle ein seit mehreren Wochen gesuchter Schwarzsender entdeckt, auf dem wiederholt kommunistische Agitationsreden verbreitet worden waren. Der Wohnungsinhaber und zwei mit der Bedienung des Senders betraute Monteurs wurden verhaftet. Der Sender wurde beschlagnahmt.

Preispolitik in Filzpantoffeln.

Das Ostelbische Braunkohlensyndikat wird stillschweigend verlängert.

SPD. An keinem der vielen Syndikate in Deutschland ist während der letzten Jahre so herbe und gerechtfertigte Kritik geübt worden wie an dem Ostelbischen Braunkohlensyndikat, das vor allem durch seine Preispolitik viel böses Blut gemacht hat. In diesem Syndikat haben sich Methoden eingebürgert, durch die die Braunkohlenbriketts masslos verteuert, die freien Händler benachteiligt und die Kohlengruben selbst in ihrer Rentabilität geschädigt werden. Alles zu Gunsten einer mächtigen Interessentengruppe, die wichtige Braunkohlenzechen und damit auch das Ostelbische Syndikat beherrscht. Immer wieder sind Handel und Verbraucher gegen diese Braunkohlenpreisdiktatur Sturm gelaufen. Die Interessentengruppe erwies sich jedoch mächtiger. Es blieb alles beim alten. Die letzte Hoffnung war schliesslich die Erneuerung des Syndikatsvertrages, die ordnungsmässig im Frühjahr 1933 fällig werden müsste. Von dieser Erneuerung erwartete man wenigstens die Abstellung der tollsten Missbräuche. Aber diese Hoffnung ist jetzt auch zerplatzt. Die erwarteten Verhandlungen werden nicht stattfinden. Die Allmächtigen in der ostelbischen Braunkohle haben es für gut befunden, den Syndikatsvertrag in aller Stille zu verlängern. Das ist ein Skandal, der seinesgleichen sucht.

Nach dem Syndikatsvertrag können Erneuerungsverhandlungen, die Möglichkeit geben, gegen die Misstände im ostelbischen Braunkohlensyndikat vorzugehen, nur dann stattfinden, wenn 20 % der am Vertrag beteiligten Zechen den Vertrag aufkündigen. Nun hat im Oktober eine Reihe von Grubengesellschaften den Vertrag aufgekündigt, darunter Lauchhamer, die Anhalter Kohlenwerke und die Neuen Senftenberger Kohlengruben. Die Kündigungen machten rund 17 Prozent aus. Auch die 17 Prozent hatten einanderartigen moralischen Druck, um Erneuerungsverhandlungen zu erzwingen. Dem ist die herrschende Clique (Ignatz Petschek und Konsorten) ausgewichen. Man hat die opponierenden Kohlengruben auf irgend eine Weise befriedigt. Es heisst, dass die Petschekgruppe ihnen höhere Quoten, Beteiligungen, zugebilligt hat. Ignatz Petschek, der sonst kein Geld aus dem Fenster wirft, hat es für nötig gehalten, so zu verfahren, weil er in dem ewigen Caro - Petschek-Prozess schon genügend blamiert ist und weil er keinen weiteren Stunk haben will. Deshalb die Verlängerung des Syndikats, ohne dass die Öffentlichkeit was davon erfährt. Deshalb diese Preispolitik in Filzpantoffeln. Die Werke, die kündigten, haben die Kündigung zurückgezogen.

So macht man in Deutschland Kohlenpreispolitik. Die Werke und die Verbraucher werden durch eine kleine Gruppe von Interessenten ausgeräubert. Wenn die Bevölkerung dieser Räuberei müde ist und Abstellung der Missbräuche verlangt, dann wirft der ganz grosse Interessent dem kleinen Interessenten einen Bissen zu - und alles geht im alten Trott weiter. Die Bevölkerung kann weiterhin überhöhte Brikettpreise zahlen.

Wir hoffen, dass der Reichswirtschaftsminister Dr. Warmbold zu dieser Gelegenheit noch ein Wort sagen wird.

SPD. Die Deutsche Bank teilt mit, dass angesichts des Falles Schäfer in Düsseldorf ihr Vorstandsmitglied Dr. Werner Kehl, der im Laufe der letzten Jahre manche Attacke gegen die öffentliche Hand geritten hat, und Benjamin und grosse Hoffnung bei der Deutschen Bank war, zurückgetreten ist. Die Filiale Düsseldorf unterstand ressortmässig der Leitung Kehls. Nach Börsengerüchten soll sich unter den Geheimkonten Schäfers auch ein Konto Kehl befinden haben. Die Deutsche Bank hat die Pflicht, das Publikum darüber aufzuklären. Kehl soll der Deutschen Bank erklärt haben, "es mit seiner Auffassung von der Verantwortung als Vorstandsmitglied nicht vereinigen zu können, weiter in seiner Stellung zu verbleiben."

+ + +

Die Betrugereien des Düsseldorfer Direktors der Deutschen Bank, Schäfer, von dem man sagt, dass er in Holland gut aufgehoben ist, während er seine Schafe in Deutschland zurückgelassen hat, scheinen sich zu einem Riesenskandal auszuwachsen. Die Berliner Zentrale der Deutschen Bank gibt zu, dass sie, soweit sich im Augenblick erkennen lasse, durch die Schiebungen Schäfers rund 5 Millionen Mark verloren habe. Andere Leute, die in der westdeutschen Schwerindustrie sitzen, behaupten aber, es seien zum mindesten 15 Millionen Mark. Wenn das stimmt, dann verliert die Deutsche Bank, kurz nach der berühmten und berüchtigten Februarsanierung mit Reichsbankgeld, an der Affäre Schäfer rund 20 Prozent ihres Aktienkapitals. Das dürfte auch für die Deutsche Bank Geld sein.

Schäfer war vor allem grosser Macher an der Börse, ohne Zweifel von grossem Format und mit internationalem Ruf. Kein Wunder, dass sich die Kleinen an der Börse, die oft seine Faust spürten, jetzt rächen und ihre faulen Börsenwitze machen. So sagt z.B. der Börsenwitz: Der Staatsanwalt hat 1000 Mark auf die Ergreifung Schäfers ausgesetzt und die Deutsche Bank 5 000 - für die Nichtergreifung. Selbstverständlich ist das Unfug. Aber schliesslich hat jeder Witz etwas von dem Salz der Wahrheit. Schäfer war kein gewöhnlicher Filialleiter der Deutschen Bank. Wenn derjenige, der die Börse nur aus den Berichten der Zeitungen kennt, schon oft von "grossen Effektenkäufen aus dem Rheinland", aus "Kreisen der Montanindustrie" gelesen hat, so muss er seine Kenntnis dahin vertiefen, dass bei diesen Riesenspekulationen sehr oft Herr Schäfer von der Deutschen Bank in Düsseldorf seine Hand im Spiele hatte. Herr Schäfer war der Herr über viele Dutzende von Geheimkonten. Er war der Vertrauensmann der westdeutschen Schwerindustrie. Ueber ihn haben die ganz Grossen aus der westdeutschen Industrie, die Haniel usw. spekuliert. So manche Riesenfusion und Konzentration, so mancher Aufkauf und Verkauf um Millionen ist in Düsseldorf bei Herrn Schäfer gemacht worden. Düsseldorf, das war so der finanzielle Verschiebehahnhof. Was man so auszulegen hat, dass der Schäfer von Düsseldorf solche Dinge entrierte, von denen der gewöhnliche Sterbliche nichts zu wissen brauchte. Darum Geheimkonten, an die selbst die Revision nicht ohne weiteres heran konnte. Die Fäden solcher grossen Aktionen laufen ja in der Regel von Düsseldorf über die grossen Berliner Privatbanken, laufen nach Düsseldorf zurück, über die Grenzen, wo sie möglicherweise in holländischen Aktiengesellschaften enden, die ihre Riesengeschäfte nur über das Firmenschild und den verweisten Schreibtisch im sonst leeren Zimmer machen. Hier hat's wieder einmal einen Betriebsunfall gegeben.

Die Verfehlungen Schäfers liegen $1\frac{1}{2}$ Jahre zurück. Man fragt sich, wie das überhaupt möglich gewesen ist? Die Deutsche Bank erklärt, dass sei zwar blamabel, aber immerhin möglich. Wenn Schäfer z.B. ein Geheimkonto A hatte, auf dem durch seine Fehlspekulationen Verluste entstanden, und ein Konto B, das Gewinne hatte, dann konnte er, weil es Geheimkonten waren, beide Konten in Ordnung bringen, indem er entsprechende Gewinne von Konto B auf Konto A übertrug. Aber, so muss sich jeder sagen, das ganze muss doch eines guten Tages der Revision auffallen. Ja, antwortet die Deutsche Bank, hier liege der

Hase im Pfeffer. Revidiert werde bei der Deutschen Bank immer und ununterbrochen. Aber die Revision könne schliesslich doch nur einen Sektor des Riesengeschäfts vornehmen und den revidieren. Im Falle Schäfer habe es der Zufall gewollt, dass der Sektor der Schäferschen Geheimkonten rund 1½ Jahre nicht revidiert wurde.

Das ist eine blamable Erklärung, aber immerhin eine Erklärung. Ehe die Gerichte den Fall Schäfer aufrollen, wird man sich mit dieser Erklärung wohl zufrieden geben müssen. Andererseits ist in den letzten Jahren mehr Geld verloren worden, ohne dass man das dem Publikum hinreichend plausibel gemacht hat. Die Deutsche Bank selbst steht so fest, dass ihr der Betriebsunfall auf dem Düsseldorfer Verschiebebahnhof nicht an die Nieren gehen wird. Man wird darüber hinweg kommen. Anders sieht sich die ganze Affäre volkswirtschaftlich an. Jeder wird zugeben, dass es im Interesse der Bank und der Wirtschaft und vor allem der Bankkonten nicht tunlich ist, diese Art von Verschiebebahnhöfen zu unterhalten. Wirtschaft, Banken und Publikum müssen vor solchen Missbräuchen geschützt werden. Das will die Forderung der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften nach einer effektiven und hinreichenden Kontrolle der Banken. Man kann den finanziellen Teil eines grossen Wirtschaftskomplex wie der in Rheinland-Westfalen nicht in Geheimkonten regeln.

SPD. Der alte Leipziger Rundfunksender soll in Trier zur Aufstellung kommen. Der Sender ist vollkommen überholt und teilweise umgearbeitet worden. Sein Hauptunterschied gegenüber der bisherigen Form ist, dass er als Gleichwellensender mit Frankfurt arbeitet. Zu diesem Zweck wird dem Sender eine Gleichwellenapparatur vorgeschaltet, die durch Fernsprechkabel mit Frankfurt verbunden ist. Dort befindet sich der Schwingungserzeuger in Form einer auf 2008,6 Hertz abgestimmten Stimmgabel. Diese Frequenz wird in Trier der Gleichwellenapparatur zugeführt, die den Zweck hat, die ankommende Schwingungszahl so zu vervielfachen, bis die Frequenz der auszustrahlenden Welle (1157 Kilo-hertz) erreicht ist. Bei dieser Gleichwellenanlage Trier ist zum ersten Mal eine interessante Neuerung in Anwendung gebracht. Die über das Fernsprechkabel ankommende Grundfrequenz erregt nach Durchlaufen eines Verstärkers eine Stimmgabel. Die Gabel in Trier hat jedoch eine andere Funktion als die Muttergabel in Frankfurt. Während letztere die Schwingungen erzeugt, wirkt die Gabel in Trier als Siebkreis. Diese Gabel schwingt nur mit, wenn sie von der Sollfrequenz erregt wird; für jede andere Frequenz ist sie undurchlässig. So wird erreicht, dass alle Störungen, die durch das Kabel hereinkommen, vollkommen ausgesiebt werden.

SPD. Nach Mitteilungen des Deutschen Städtetags erreichte die Zahl der Wohlfahrtserwerbslosen Ende Oktober mit 2,6 Millionen einen neuen Höchststand. Damit betreuen die Gemeinden gegenwärtig über 3/5 aller unterstützten Arbeitslosen. Wie irreführend die Arbeitslosenstatistik der Reichsregierung ist, geht wohl am besten daraus hervor, dass die vom Städtetag errechnete Zahl um 400 000 höher ist als die Zahl des Arbeitsministeriums.

SPD. Der Skandal an der Berliner Getreidebörse ist so weit gediehen, dass sich der Reichslandwirtschaftsminister, also ein prominenter Vertreter der Landwirtschaft, gezwungen sieht, ganz energisch davor zu warnen, das Spiel an der Börse fortzusetzen. Es ist kein Wunder, dass der Reichslandwirtschaftsminister angesichts des Verlaufs seiner Stützungsaktion am Getreidemarkt die Geduld verliert. Zeigt sich doch tagtäglich, dass die Absicht der Regierung, den Getreidepreis zu halten, gerade von der Landwirtschaft aus Profitsucht sabotiert wird. Ist es den halbamtlichen Stützungsstellen gelungen, an einem Tag den Preis nach oben zutreiben, dann kommen todsicher am folgenden Tag, schon lange vor der Börse, die Angebote aus der Grosslandwirtschaft, die daran profitieren möchten und die Börsennotierungen stark unterbieten. So ergibt sich eine tolle Preisschaukel. Die Regierung steckt Geld, viel Geld zugunsten der Landwirtschaft in den Getreidehandel hinein. Die Landwirtschaft kommt, sackt das Geld ein und sabotiert die Bemühungen der Regierung.

In dem erwähnten Appell des Reichslandwirtschaftsministers an die Landwirtschaft wird versprochen, dass die Stützungsstellen demnächst stärkere Mittel einsetzen werden und dass die Stützungsstätigkeit auch nicht nach Neujahr 1933 aufhören solle. Es sei falsch, zu weichenden Preisen Getreide zu verkaufen.

Richtig ist aber, dass die gegenwärtigen Getreidepreise stark überhöht sind, und als richtig wird sich auch wohl erweisen, dass die Landwirtschaft fortfahren wird, die Stützungsaktion der Reichsregierung auszunutzen.

SPD. Das Defizit im ordentlichen Etat der Reichsregierung hat sich im Monat Oktober weiter, und zwar um über 60 Millionen Mark, erhöht.

Einnahmen und Ausgaben im ordentlichen Etat schliessen für Oktober mit einem Defizit von 98,1 Millionen Mark ab. Im ausserordentlichen Haushalt liegt ein Defizit von 3,9 Millionen Mark vor. Der ausserordentliche Etat weist überhaupt keine Einnahmen auf. Im ordentlichen Etat sind vor allem die Ueberweisungen an die Länder stark gedrosselt, womit weiter das Defizit auf die Länder und Gemeinden abgewälzt wird. Trotzdem verbleibt es bei einem Defizit für Oktober von fast 100 Millionen Mark.

Das Gesamtdefizit macht für Ende Oktober im ordentlichen Etat 1 286 Millionen Mark aus gegenüber 1 223 Millionen Mark Ende September.

Amtliche Kartoffelnotierungen.

SPD. Amtliche Berliner Kartoffelpreis=Notierung je Zentner waggonfrei, märkischer Station: Weisse Kartoffeln 1,10 bis 1,20 RM, Rote Kartoffeln 1,25 - 1,30 RM., Odenwälder Blaue 1,10 - 1,20 RM, andere Gelbfleischige 1,30 bis 1,40 RM. Fabrikkartoffeln 8 Rpf pro Stärkeprozent frei Fabrik.

Fester auf Frostgefahr.

(Berliner Getreidebörse vom 8. Dezember.)

SPD. Am Promptmarkt konnte Weizen am Donnerstag um eine Mark anziehen, wodurch der Verlust vom Vortag wieder ausgeglichen worden ist. Am Lieferungs-
markt setzten die Notierungen um bis 2 Mark fester ein. Abnehmer waren auch
am Donnerstag in der Hauptsache die Stützungsstellen. Der Mehlmarkt blieb
nach wie vor leblos und unberührt.

Die bessere Verfassung der Donnerstagbörse ist keineswegs auf den
Aufruf des Reichslandwirtschaftsministers zurückzuführen, die Landwirtschaft
möge mit dem Angebot zurückhalten, weil die Stützung doch über das kommende
Jahr hinaus fortgesetzt werde. Damit hat die Landwirtschaft von vornherein
gerechnet. Der Appell der Regierung an die Landwirtschaft ist also nichts
anderes als ein Schlag ins Wasser. Wenn die Börse trotzdem fester war, so
ist das in der Hauptsache auf die bestehende Frostgefahr zurückzuführen, die
unter Umständen den Getreidetransport auf den Wasserstrassen unterbinden
kann. Im übrigen taten die Stützungsstellen ihr Teil zur Befestigung der
Börse.

	7.12.	8.12.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	186 - 188	187 - 189
Roggen	151 - 153	151 - 153
Braugerste	169 - 179	169 - 179
Futter- und Industriergerste	160 - 167	160 - 167
Hafer	118 - 123	118 - 123
Weizenmehl	24,00-26,60	24,00-26,60
Roggenmehl	19,50-21,80	19,50-21,80
Weizenkleie	9,40- 9,70	9,40- 9,70
Roggenkleie	8,80- 9,15	8,80- 9,15

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 202½ (201½),
März 205½-206 (204½), Mai 209-210 (207½), Roggen Dezember 163½-164½ (162½),
März 167½- 168 (166½), Mai 170½ - 171 (169½). Hafer Dezember 130-130½
(129½), März - 131, (131), Mai - 134 (133).

Berliner Milchpreise.

SPD. Milchpreise für die Zeit vom 9. bis 15. Dezember: 1. Trinkmilch -
13,85 Rpf je Liter, dazu treten folgende Zuschläge a) für tiefgekühlte
Milch 0,05 Rpf, b) für molkereimässig bearbeitete Milch 1,75 Rpf, je Liter.
2 a. Werkmilch 9 Rpf., b) tiefgekühlte Werkmilch 9,5 Rpf je Liter. Diese
Preise gelten bis auf weiteres für Vollmilch mit einem Fettgehalt von 3%
und von handelsüblicher Sauberkeit frei Rampe Berlin. Für Milch unter 3%
Fett werden für jedes fehlende ein Zehntel Fettprozent Abzüge in Höhe von
zwei Zehntel Rpf vorgenommen. Bei Milch, die der handelsüblichen Sauberkeit
nicht entspricht, wird ein Abzug von 0,5 Rpf je Liter gemacht. Die Wochen-
ziffer ist gemäss der Kontingentierungsordnung für die Milchlieferrung ab
Freitag, den 9. Dezember auf 75% festgesetzt.



Regierung und Angestellte.

Eine Kundgebung des AfA=Bundes

SPD. Die Arbeiterschaft steht der neuen Reichsregierung mit Misstrauen gegenüber. Wenn dem an der Spitze der Regierung stehenden Mann der Ruf vor=ausgeht, er sei ein sozial denkender Mann - die Arbeiterschaft wird seine Taten abwarten und ihn und sein Kabinett danach beurteilen. Und diese Be=urteilung wird eine rein sachliche sein. Das hat die Stellungnahme der Ge=werkschaften der neuen Regierung gegenüber bis jetzt schon deutlich genug gezeigt. Der Regierung ist von den Gewerkschaften auch bereits gesagt wor=den, in welcher Richtung sich ihre Taten bewegen müssen, wenn das schwere Loß der arbeitenden Bevölkerung erleichtert werden soll. Eine Aufhebung der September=Notverordnung und eine Abstellung einiger Härten in der Unter=stützung der Arbeitslosen und der Sozialrentner genügt nicht. Die Regierung wird, wenn sie etwas Ernsthaftes im Kampf gegen die Massennot unternehmen will, wirtschafts= sozialpolitisch schon etwas tiefer greifen müssen. Wie tief, das sagt ihr deutlich und klar eine Kundgebung, mit der der Allgemeine freie Angestelltenbund am Donnerstag seine Stellungnahme zu der durch die Umbildung der Regierung geschaffenen neuen Lage abgeschlossen hat.

Die Not der deutschen Angestellten - so erklärt der AfA=Bund - hat die Grenze des Erträglichen längst überschritten. Noch nie war das Heer der Arbeitslosen und Kurzarbeiter unter den Angestellten so gross, noch nie waren die Gehälter so unerhört gedrückt, noch nie die soziale und rechtli=che Lage dieser volkswirtschaftlich so bedeutsamen Schicht der Erwerbstätigen in solchem Masse erschüttert wie heute. Während in früheren Wirtschaftskrisen die Angestellten zu jenen Gruppen fester Einkommensbezieher gehörten, deren Kaufkraft mit dazu beitrug, die Wirtschaft wieder in Gang zu bringen, hat diesmal die Zerstörung der Angestellteneinkommen krisenverschärfend gewirkt.

Die Regierung Papen hat mit ihrer Juni=Notverordnung die Politik der Schrumpfung geradezu verhängnisvoll gesteigert. Der AfA=Bund hat von Anfang an auf die ökonomische Sinnlosigkeit der September=Notverordnung hingewie=sen. Ihre Erfolglosigkeit tritt heute klar zutage. Die Steuergutscheine ha=ben keinerlei Belebung des Arbeitsmarktes gebracht. Kaum ein Angestellter ist wieder in Arbeit gekommen. Massenkaukraft und Einzelhandelsumsätze sind weiter rückgängig. Die Blankovollmacht aber, die sich die Regierung "Zur Verbilligung und Vereinfachung der sozialen Einrichtungen" hat geben lassen, wirkt als ständige Quelle sozialer und politischer Beunruhigung.

Die für diese Wirtschaftsexperimente und unsozialen Massnahmen ver=antwortliche Regierung Papen wurde von dem empörten Volke gestürzt. Das Ka=binnett Schleicher setzt sich aus denselben politischen und wirtschaftlichen Kräften zusammen. Die freien Angestelltenverbände behalten ihre Kampfstel=lung gegen jede Reaktion. Die Regierung irrt, wenn sie glaubt, die Gewerk=schaften einer Politik dienstbar machen zu können, die letzten Endes der Machtstellung des Monopolkapitalismus dient. Der AfA=Bund wird nicht ablas=sen, von jeder Regierung die Massnahmen zu fordern, die der Ueberwindung der Lebensnot der Angestellten dienen und im wohlverstandenen Interesse

der Nation liegen. Die Regierung Schleicher muss aber ihre oft betonte soziale Gesinnung erst durch Taten beweisen. Der Versuch, dem Millionenheer der Erwerbslosen Arbeit durch Belebung der privaten Unternehmerinitiative zu schaffen, ist gescheitert. Nur der planmässige Einsatz aller verfügbaren Mittel zur Arbeitsbeschaffung durch die öffentliche Hand verspricht eine Belebung des Arbeitsmarktes. Gegen jene Pläne, die bisher von dem neuen Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung verfolgt wurden, müssen die stärksten Bedenken geltend gemacht werden. Der AfA-Bund fordert, dass endlich auch alle bürokratischen Hindernisse fortgeräumt werden, die bisher der öffentlichen Arbeitsbeschaffung entgegenstanden, verlangt aber auch, dass sich die Finanzierung im Rahmen der von der Reichsbank verfolgten Währungspolitik hält.

Die Reichspolitik darf nicht, um an ein Wort des Reichskanzlers von Schleicher zu erinnern, dazu dienen, "überlebte Wirtschaftsformen und überalterte Besitzverhältnisse" künstlich aufrecht zu erhalten. Ein völliger Kurswechsel in der Zoll- und Agrarpolitik ist unerlässlich. Die Angestellten und Arbeiter der Exportindustrie dürfen nicht den überkommenen Besitzverhältnissen Ostelbiens geopfert werden. Darüber hinaus hält der AfA-Bund nach wie vor daran fest, dass eine dauernde Ueberwindung der Krisen den Umbau des heutigen Wirtschaftssystems zur Voraussetzung hat.

Es genügt nicht, die September=Notverordnung aufzuheben, vielmehr muss die Politik der Schrumpfung abgelöst werden und durch eine Steigerung der Lebenshaltung der Angestellten und der übrigen erwerbstätigen Volksschichten. Dazu fordert der AfA-Bund - näher begründet in einer besonderen Denkschrift - die Hebung des Realeinkommens und die Wiederherstellung der Angestelltenrechte, insbesondere in der Angestellten- und Arbeitslosenversicherung.

Die Waffe der Verbindlichkeitserklärung darf nicht einseitig gegen die Arbeitnehmer gerichtet werden, sondern muss dazu dienen, die Tarifunwilligkeit in Arbeitgeberkreisen zu brechen. Kurzarbeit darf nicht dazu missbraucht werden, den Abbau der Gehälter zu verschärfen. Nur eine Arbeitszeitverkürzung auf gesetzlicher Grundlage in Verbindung mit dem Einstellungszwang wird zu einer Entlastung des Arbeitsmarktes führen.

Der AfA-Bund ist sich bewusst, dass sein Kampf um Schicksal und Leben der Angestellten dem wohlverstandenen Interesse von Land und Volk und dem Aufstieg der deutschen Wirtschaft dienen wird.

SPD. Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes veröffentlicht folgende Erklärung:

"Seit längerer Zeit werden im Reiche andauernd Gerüchte verbreitet, wonach zwischen Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Führern der Nationalsozialisten Verhandlungen mit dem Ziele gegenseitiger Annäherung geführt würden. Wir wiederholen nochmals, dass diese Gerüchte aus der Luft gegriffen und unwahr sind.

Neuerdings wird sogar mit angeblich amtlichen Protokollen gearbeitet, die als Beweis für den "Klassenverrat des ADGB" dienen sollen. Gestützt auf diese angeblichen "Protokolle" ist am 2. Dezember d. J. in der Zeitung "Volkswille" (Lenin-Bund) erneut behauptet worden, es hätten solche Verhandlungen stattgefunden.

Wir erklären, dass diese angeblich amtlichen Protokolle mit ihrem ganzen Inhalt frei erfunden sind. Unser Rechtsbeistand ist mit den erforderlichen Schritten gegen die Verleumder und die Urheber beauftragt worden. Der unverkennbare Zweck aller dieser falschen Behauptungen und böswilligen Erfindungen ist, in der Arbeiterschaft Misstrauen gegen ihre Führer zu wecken und Zwietracht in die Reihen der Arbeiterbewegung zu tragen.

Berlin, 8. Dezember 1932. Der Bundesvorstand."

SPD. Ungarn will, wie "Der Arbeitgeber", die Vereinigung der Zeitschrift der Deutschen Arbeitgeberverbände, im Gegensatz zu einer von ihm vor kurzem gebrachten Meldung jetzt mitteilt, die Arbeitsdienstpflicht nicht einführen. Der ungarische Ministerpräsident habe erklärt, dass er die Arbeitsdienstpflicht nicht einführe, weil er sie weder für notwendig noch für opportun halte.

Wenn selbst Ungarn von der Arbeitsdienstpflicht nichts wissen will, dann müssen sich die Nationalsozialisten allmählich etwas beeilen, ihr Arbeitsdienstpflichtprogramm, d.h. ihren einzigen sozialpolitischen Gedanken, zum alten Eisen zu werfen. Schon aus finanziellen Gründen ist in Deutschland die Arbeitsdienstpflicht undurchführbar. Die unübersteiglichen finanziellen Schwierigkeiten hat der neue Reichsarbeitsminister Dr. Syrup soeben vor dem Hauptausschuss des Industrie und Handelstages noch einmal klargestellt. Er machte darauf aufmerksam, dass ein Einsatz von mehr als 500 000 jungen Leuten eine Gesamtaufwendung von rund 500 Millionen Mark erfordere.

SPD. Die Gerüchte über neue Kürzungen der Beamtengehälter wollen nicht verstummen. Die Reichsregierung und die kommissarische preussische Regierung erklärt demgegenüber, dass sie keine Gehaltskürzungen beabsichtigen.

Welch ein Trost, wenn niemand weiss, was der Januar bringt!

Der Werkjahrplan der Papenregierung, wonach Studenten zwischen der Reifeprüfung und dem Uebergang zur Universität eine Art Arbeitsdienstpflicht-Jahr absolvieren sollen, ist ad acta gelegt worden. Man spricht jetzt von einer Eingliederung der Studenten in den Freiwilligen Arbeitsdienst.

Mit dem Mund spricht man, mit dem Geldbeutel zahlt man.

SPD. Die Arbeitsmarktlage im Reich, zeigt nach dem neuen Bericht der Reichsanstalt für die Zeit vom 16. bis 30. November folgendes Bild:

Die Zahl der Arbeitslosen, die am 30. November bei den Arbeitsämtern gemeldet waren, belief sich auf rund 5.358.000. Die Zunahme gegenüber Mitte des Monats betrug rund 92.000. Das Tempo der jahreszeitlichen Verschlechterung hat sich in der 2. Monatshälfte gegenüber dem Zeitraum des Vorberichts etwas verlangsamt. Während im Vorjahre im Laufe des ganzen Monats November die Arbeitslosenzahl um rund 436.000 zugenommen hatte, betrug die Zunahme im November 1932 nur rund 248.000. Die diesjährige Zahl Ende November liegt noch immer um etwa $\frac{3}{4}$ Millionen niedriger als der Höchststand Mitte März. Zur gleichen Zeit des Vorjahres war der höchste Stand von Mitte Februar 1931 schon um etwa 70 000 überschritten.

Die Arbeitslosenversicherung hat eine kräftigere Zunahme der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger und zwar um rund 47 000 zu verzeichnen. Auch in der Krisenfürsorge ist - hier infolge der Verlängerung der Unterstützungsdauer - eine verstärkte Inanspruchnahme festzustellen.

SPD. Reichspräsident v. Hindenburg empfing am Donnerstag eine Abordnung des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, die ihm über die Notlage der deutschen Arbeiterschaft berichtete und Massnahmen zur Linderung der Not vorschlug. Der Reichspräsident sagte eine alsbaldige und sorgfältige Prüfung der Vorschläge zu.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Nr. 95

Berlin, den 8. Dezember 1932

Weihnatskinderbücher.^x

SPD. Wer kann heute noch Bücher kaufen, wo die Mittel für das Nötigste fehlen? Und doch klopft auch diesmal der Weihnachtsmann an unsere Tür, und die Herzen unserer Kinder schlagen erwartungsvoll dem Weihnachtsabend entgegen. Unnützes zu kaufen bringt Mutter dies Jahr nicht übers Herz, etwa Spielzeug, das zerbrochen, verbraucht ist, kaum dass man sich daran freute. Ein Buch ist ein besserer Kamerad. Sein Inhalt bleibt frisch und lebendig, mag es auch von Geschwistern zu Geschwistern wandern, und wenn das Aeussere zerfleddert, unansehnlich wird, so ist vielleicht eins von den Geschwistern geschickt genug zu einer notdürftigen Ausbesserung, und das alte Buch sieht im neuen Kleide wieder respektabel aus. So ist es sehr zu begrüßen, dass der Verlag Dietz, der zwar in diesem Jahre kein neues Jugendbuch herausbringt, die alten, Liebgewordenen Freunde der Kinderwelt fast um die Hälfte im Preise herabgesetzt hat, sodass die Anschaffung kaum ein Opfer bedeutet.

Da ist von Jürgen Brand der "Gerd Wullenweber", für die grossen Jungen, aber auch für die Mädchen; wir machen da keinen Unterschied mehr; und auch ein Mädchenherz wird höher schlagen, wenn es vom Schicksal des jungen Genossen, des tapferen und überzeugungstreuen Gerd Wullenweber liest, der trotz allen Widerstandes der Menschen, die er liebt, und die ihm Heimat bedeuteten, seiner sozialistischen Ueberzeugung treu bleibt und schliesslich, ein Opfer der Arbeit, den Heldentod in seinem Berufe stirbt, am Schmelzofen von glühendem, flüssigem Eisen verbrannt.

Abenteuerlich und doch aus modernem Leben herausgegriffen ist die Geschichte von "Wollmieze", dem Findelkinde, das sich durch ihr schweres Los, ohne Eltern zu sein, nicht um Mut und Zuversicht bringen lässt. In der Stille und Enge bäuerlichen Lebens hält sie es nicht aus; sie will lernen und weiter kommen, und ihr fehlt die Fabrik mit ihrem Pfeifen und Lärmen, wie es in ihre ersten Kinderträume klang. In einem Kino sieht sie ein Auswandererschiff, zur Abfahrt bereit, im Gewühl der Menge eine Frau mit einem kleinen Kinde, und plötzlich dämmert in ihrem einsamen Herzen die Erinnerung an etwas einmal Erlebtes. Sie erkennt im Film das Bild der verlorenen Mutter, und dies Bild wird ihr Leitstern, der sie zwar nicht, wie sie es plant, nach Amerika zu der Mutter, die der Tod hinwegrafft, bevor sie ihr verlorenes Kind wiedersehen kann, wohl aber zu gütigen Menschen führt, die ihr Eltern und Heimat ersetzen.

Hilde Krügers hübsche Bilderbücher "Hurleburles Wolkenreise" und "Der Widiwondelwald" (ebenfalls bei Dietz) werden die Kinderherzen gewinnen, und die originelle und lustige Art der Illustrierung in Dreiecken wird den Nachahmungstrieb der Kleinen reizen. Es spricht in diesen Bildern eine rege Phantasie, wenn auch in einer gewissen Zappeligkeit der Linienführung, eine Gefahr der Uebertreibung nicht zu verkennen ist.

Lernbegierige Jungen, aber auch Erwachsene, die von den Problemen neuer Technik nicht genug hören können, werden durch Ernst Krafft's Buch "Fliegen und Funken", ein Buch von "Technik, Tat und Traum", viel Anregung zum Experimentieren und Weiterstudieren finden. Ein einfaches, aber eindrucksvolles

Bildermaterial zeigt die Entwicklung des Dampfschiffes, des Flugzeugs, des Telephons, der drahtlosen Telegraphie; auch die Technik des Radio lernt man verstehen. Der Text ist durchaus klar und allgemeinverständlich und führt den Laien mühelos in die Probleme moderner Technik ein. Wer mehr ausgeben will, der mag das schöne, unendlich reichhaltige Sammelwerk "Frohes Schaffen" des Wiener Verlags "Jugend und Volk" wählen. Hier sind der Darlegung rein technischer Probleme noch Reisebeschreibungen, Schilderungen fremder Kulturen, zoologische und überhaupt naturwissenschaftliche Aufsätze beigelegt. Waldemar Bonsels erzählt von "Sommertagen in der Wildnis", Emo Descowich schildert den Stratosphärenflug des Professors Piccard usw. Es ist ein Stück Kultur, was in diesem Buche geboten wird, das sich als Familienhausschatz zum Vorlesen und immer wieder darin Blättern und Nachschlagen eignet. Etwas von lebendigem Wirken strahlt von diesem Buche aus, das nicht umsonst das Wort Fon-tanes als Motto trägt: "Wer schaffen will, muss fröhlich sein."

Wenn kleine, billige Bücher heute mehr denn je am Platze sind, so mögen hier noch die 85-Pfennig-Bücher des Verlages Thienemann (Stuttgart) erwähnt werden. "Zwieselchen im Warenhaus" ist sehr flott und fesseln von Werner Bergengrün erzählt. Besonders aber muss das Büchlein "Fiete, Paul und Co., die von der Webergasse" (Verlag Gundert, Stuttgart, Preis 80 Pfennig) empfohlen werden. Die Verfasserin, die sonst leicht ein bisschen zu moralisch wird, hat hier einen sehr glücklichen Griff getan. Sie schildert die Schlachten der blauen und weissen Jungensbande, die sich grimmig befehden, aber wenn pazifistischer Eifer diese Bubenschlachten schon ablehnen will, kommt sie selbst zu einer glücklichen Lösung. Als ein reicher Bäcker in der Weberstrasse die armen Eltern des einen Kameraden samt seinem neugeborenen Geschwisterchen auf die Strasse setzen, exmittieren will, vereinigen sich die feindlichen Banden, um diesen Frevel nicht zu dulden. Einen Sprechchor, den sie selbst gedichtet haben, brüllen, rufen, johlen sie dem grausamen Bäcker so lange als Ständchen vor seinem Hause in die Ohren, dass endlich, als schon die ganze Nachbarschaft herbeigeeilt ist, dem nervösen Bäcker nichts andres übrig bleibt, als die Kündigung und drohende Exmittierung rückgängig zu machen. Der ganze Ton dieser lustigen, kämpferischen Bubenbande ist mit Glück getroffen.

Helene Bulle.

Die "Heilige Nacht".^x

SPD. In Russland sind Weihnachtsbäume bei Strafe verboten, und bei uns veranstalten kommunistische Zeitungen Rundfragen, ob man den Kindern einen Christbaum putzen solle oder nicht. Das heisst die Idee des Freidenkertums zu Tode hetzen und päpstlicher sein als der Papst. Man muss es immer wieder betonen, dass der Lichtenbaum ursprünglich mit der Feier der Geburt Christi gar nichts zu tun hat, sondern ein altheidnisches Symbol für die Erneuerung der Natur an der Wintersonnenwende darstellt. Aber auch die Legende von der Geburt eines armen Kindes, vor dessen Wiege sich Könige und Hirten beugen, hat eine Bedeutung, die über alles Kirchliche hinaus weit in allgemeinmenschliche Bezirke vorstösst. Dieses Mysterium, das die Entstehung eines neuen Menschenlebens im Augenblick der Wiedergeburt der Natur umgibt, ist ein Stück echter Volkspoesie.

Das Weihnachtsfest ist, recht verstanden, das Fest der Mutterschaft. Es setzt den Marienkult voraus. Dieser Marienkult aber ist ursprünglich der Kirche fremd. Das Christentum ist eine reine Männerreligion, charakterisiert durch das Wort des alten Kirchenvaters: "Das Weib schweige in der Gemeinde."

Das war ganz im Sinne der Antike gedacht. Aber selbst die Antike, die ganz auf das Männerrecht gestellt ist, muss in ihren religiösen Vorstellungen Zugeständnisse an das "schwache Geschlecht" machen und neben den Göttern auch weibliche Gottheiten zulassen. Das lässt sich bis in die asiatischen Kulte zurückverfolgen, die eine Göttermutter Kybele kennen und die ägyptische Isis, die Mutter des Horus. Wir besitzen mehrere Darstellungen dieser altägyptischen "Madonna", die anmuten wie Vorbilder der christlichen Maria. In den nördlichen Ländern Europas, zumal bei den germanischen Stämmen, ist die Bedeutung der Frau für die Religion, entsprechend ihrer grösseren sozialen Bedeutung im Volksleben, noch viel ausgeprägter. Kein Wunder, wenn in diesen Ländern die Verweiblichung des Christentums, die Marienverehrung, vom 12. Jahrhundert ab auf fruchtbaren Boden fiel.

Für die volkstümliche Dichtung wie für die bildende Kunst ist der Marienkult ein mächtiger Antrieb gewesen. Beide können auf die Dauer nicht ohne den weiblichen Gefühlsbereich auskommen. Man darf nicht vergessen, dass das ganze Mittelalter hindurch die religiösen Stoffe die einzigen waren, die die Kunst behandeln durfte. Alles, was die Kunst über das menschliche Leben auszusagen hatte, musste sie im Rahmen von Bibel und Legende aussagen. Die protestantische Theologie hat über diesen "Götzendienst" fürchterlich gewettert - die Kirche hatte, wenn sie ihre Herrschaft über die Massen behalten wollte, gar keine andere Wahl, als diese Vermenschlichung der Religion, ihre Verbindung mit volkstümlichen Vorstellungen, gutzuheissen. Das warnende Beispiel bot die griechische Kirche. Sie hatte sich als die Kirche des Kaiserhofes in Konstantinopel von jeder Entwicklung abgeschlossen und wiederholte jahrhundertlang dieselben grämlichen, von mönchischer Askese diktierten, erstarrten Typen. Diese byzantinische Kultur reifte, weil sie nicht im Volkstum verankert war, langsam, aber sicher ihrem Untergang entgegen.

Da war man in der römischen Kirche doch bedeutend klüger. Man liess die Künstler erzählen. Gerade das war es, was die einfachen Menschen, die zum grössten Teil weder lesen noch schreiben konnten, verlangten. Aehnlich wie in den geistlichen Schauspielen, die man zuerst in der Kirche, dann auf dem Marktplatz, auf einer "Bühne", d.h. auf einem primitiven Gerüst, darstellte, wollten sich die Menschen selber samt ihren Sorgen und Nöten in der künstlerischen Darstellung wiederfinden. Die Beziehungen zwischen der Mysterienbühne und der Malerei des ausgehenden Mittelalters sind einwandfrei festgestellt. Die dramatischen Lieblingsgegenstände: Krippenspiel, Passionsspiel und Osterpiel, sind auch die bevorzugten Themen der Maler geworden. Ein niederländischer Meister des 15. Jahrhunderts, Hugo van der Goes, ist sogar so offenerzig, dass er auf seiner "Geburt Christi", die heute im Berliner Kaiser Friedrich-Museum ist, den Vorhang anbringt, der von den Spielansagern, zwei Propheten des Alten Testaments, aufgezogen wird.

Das geistliche Schauspiel ist eine bürgerliche Kulturerscheinung. Es tritt als solche ganz sacht und unmerklich in Gegensatz zur Kirche: es entwickelt sich auch im kirchlichen, nicht nur im künstlerischen, Sinne zum "Laienspiel". Nicht anders die Malerei. Es ist dasselbe in Italien, in den Niederlanden und in Deutschland: hat man erst einmal weltliche Motive zugelassen, so machen sie sich immer mehr breit und drängen schliesslich den heiligen Gegenstand in den Hintergrund. Das ist eine Entwicklung, die sich der Klerus gewiss nicht gewünscht, zu der er aber selber unbewusst die Handhabe geboten hat. In Krippenspielen kam es so weit, dass die anscheinend so frommen Hirten ihrer Entrüstung über die herzliche Ausbeutung der Bauern durch die Grundherren Luft machten.

Ebenso werden die bildlichen Darstellungen der "Heiligen Nacht" bis zur Reformation immer weltlicher. In byzantinischen Gebetbüchern war wohl einmal eine schüchterne Illustration aufgetaucht: aber da war weder eine irdische Landschaft noch eine Krippe angedeutet. Und die Engel sind noch weit wich-

tiger als die winzigen Hirten. Zunächst wagte man auch in Italien noch nicht, das Christuskind nackt darzustellen. Auch einen richtigen Stall zu malen, scheute man sich, weil das zur Vorstellung des künftigen Himmelskönigs nicht zu passen schien. Allmählich jedoch, im Laufe des 15. Jahrhunderts, machte man sich von solchen Vorurteilen frei. In Flandern ging man besonders radikal vor: hier liess man auch zuerst die Heiligenscheine weg. Auf dem Portinari-Altar in Florenz, der bei dem Genter Meister Hugo van der Goes von einem Italiener bestellt worden war, sind die Hirten saftige Bauernkerle, zweifellos nach dem Leben porträtiert. Aber auch die Maria ist ein flämischer Typ, und selbst die Engelkinder unterscheiden nur die Flügel von Sprösslingen niederländischen Bodens. Kostüm und Landschaft sind ebenfalls zeitgemäss und gar nicht mehr idealisiert. Zuweilen mischt der Künstler unter die Anbetenden - seien es nun Hirten oder Könige - die Besteller des Bildes in streng porträtmässiger Ausführung. Damit ist vollends jede Schranke zwischen himmlischen und irdischen Personen gefallen.

Dieser unbekümmerte Realismus machte in Italien Schule: der Meister Domenico Ghirlandajo in Florenz liess sein Jesuskind von ganz ähnlichen bürgerlichen Gesellen anbeten. Zugleich huldigte er aber dem Geschmack der vornehmen Gesellschaft, indem er die Szene in einen verfallenen antiken Palast verlegte und Ochs und Esel aus einem prächtigen römischen Marmorsarkophag fressen liess. Das ist echte Renaissance. In Deutschland blieb man schlichter: Albrecht Altdorfer, ein Schüler Dürers, malte ein romantisches Nachtstück im mondbeglänzten Gemäuer eines Bauernhauses.

Hermann Hieber.

Blick in den Spielwarenladen.^x

SPD. Durch das schon frühe Dunkel der Abende blitzen jetzt wieder die goldenen Fenster der tausend Kaufläden um uns her. Nebelig-feucht hängt die Luft ihre Mäntel um Gaslaternen und elektrische Kugeln, und manchmal riecht es schon ganz leise nach Weihnachten. Nein, die Tannen stehen noch nicht in den Strassen, aber dieser eigentümliche Zustand, der uns ergreift, wenn das Fest näher rückt, schickt seine Ahnungen voraus, und zuweilen steht jeder von uns versunken vor der Auslage der Geschäfte und überlegt, was wohl Tante Jette eine Freude machen, und wie dem kugelrunden Fritz das braune Schaukelpferd und Lene die Puppe mit den Kulleraugen gefallen würde...

Die grossen Leute sind ja oft viel kindlicher als die Kinder, besonders als die jungen und selbstischeren Geschöpfe dieser Zeit, denen unsere Technik und Lebensstruktur beinahe vertrauter ist als uns selbst, und die im Fernsprecher eine Selbstverständlichkeit und im Rundfunk kein Wunder mehr erblicken können. Wünschen sie sich nicht auch meistens ganz andere Dinge, als es die waren, mit denen wir einst spielen wollten? Heutzutage sind es die Mädchen, die unbedingt eine Eisenbahn mit hundert Schienen, Weichen, mit Bahnhof, Tunnel, Lagerschuppen und eigener Beleuchtungsanlage, haben müssen, und allzu gern erfüllen, wenn sie es nur können, die Väter den Wunsch, weil er - ohne, dass sie es vielleicht wissen - ihre eigene geheime Kindersehnsucht nach all diesen Dingen zu später Zeit erfüllt. Und am Sonntagmorgen sitzt dann der Papa auf dem Teppich im Zimmer und baut im Schweisse seines Angesichtes mit glückstrahlenden Augen ein gewaltiges Schienennetz zusammen, während Töchter nur Befehle erteilt und gewissermassen die verkehrstechnische Gesamtleitung verkörpert.

Darum gehen wir grossen Leute so gern in die Spielwarenläden, bummeln wir eine Stunde lang durch das verlorene Reich unsrer frühen Jugend! Wir

bestaunen die unerhörten Möglichkeiten der grossen Stahlbaukästen, die es jetzt zum Aufbau ganzer Fabriken gibt; wir bauen im Geiste mit den Stein- und Holzklötzchen kleine Traumstädte zusammen, bevölkern sie mit Zinnfiguren, hölzernem Getier, blechernen Autos und Strassenbahnen, die bis zum automatischen Türverschluss den neuesten Errungenschaften der Technik gleichen.

Die Frauen wühlen in den Schätzen der Puppenkleiderabteilung, wiegen die Babies und rotwangigen Schönheiten eine halbe Minute im Arm, lachen über die drolligen Stil-Puppen, statten theoretisch eine ganze Wohnung mit den jetzt so vollkommenen Puppenmöbeln, mit Schränken, Betten, Kommoden, Friseur- und Schreibtischen aus, blättern in Jungmädchenbüchern. Und schwebt nicht der Duft des verlorenen Zuhause vom ersten Weihnachtsmorgen durch den Raum - Vater sass auf dem Plüschsofa mit der Pfeife; aus der Küche brutzelte herrlicher Geruch nach Braten her; draussen glitzerte der Schnee; und sie, die heute hier schon nachsinnt, wie weit das karge Geld für die Millionen Wünsche ihrer Kinder reichen wird, sie sass zwischen den Geschenken vom Vorabend am Boden und war so ganz, so unglaublich glücklich, wie es das nie wieder gegeben hat.

Wer hat nicht einmal gewünscht, Verkäufer in einem Spielwarenladen zu werden und dann heimlich, Abends nach Ladenschluss, wenn alles dunkel ist in der Welt, noch im Geschäft zu sitzen, angeblich mit einer eiligen Arbeit beschäftigt! Hei, dachte man, dann wird aber alles hergekrant und alles aneinandergefügt! Die mechanischen Puppen müssten umhertorkeln und "Mama" rufen; die Kamele, Elefanten, Tiger und Hunde würden einen Zoologischen Garten stellen; mit Luftgewehren würde man auf Papphelme und Scheiben zielen, im Indianeranzug umherrennen und das Kriegsbeil unter dem Ladentisch ausgraben. Auf den Stahlbrücken sollten die Bahnen nur so dahinrasen, eine hinter der anderen, denn das Unbefriedigende bei der eigenen Eisenbahn war immer, dass es nur eine Lokomotive, einen Zug gab, während in der Wirklichkeit der Bahnhöfe doch täglich Dutzende von Zügen halten! Das Puppentheater würde ein blutiges Drama spielen, und das neueste Kinderauto mit Vierradbremse und elektrischen Scheinwerfern sollte dann nur so durch die Gänge sausen, bis einem schwindlig würde!

Daraus ist nichts geworden. Und wenn man so die Verkäufer all dieser Schätze mir den unträumerischen Augen des Erwerbsmenschen sieht, dann weiss man nicht, dass sie selbst längst diesen Traum, den sie alle wohl einmal hatten, zwischen Lagernummern, Preisverzeichnis, Bedienen und Aufstellen der einst so unerreichbaren Herrlichkeiten vergessen haben - vergessen, weil es eben doch andre Aufgaben und Sorgen gibt. Sie gehen, wie wir, ins Kino und Theater und träumen das Märchen vom Glück nun anders herum. Und ob es sich für sie oder uns einmal erfüllen wird, wer weiss es denn?

Peter Bissig.

Amerikanischer Weihnachtsluxus.^x

SPD. Für die Geldfürsten jenseits des Grossen Teichs, die Dollarmilliönäre und =milliardäre, ist unser Weihnachtsfest häufig nichts weiter als eine willkommene Gelegenheit, ihren Reichtum zur Schau zu stellen und durch kostbare, extravagante Geschenke von sich reden zu machen. Vom wahren Geiste des Festes verspüren sie meist keinen Hauch, wie sie auch wenig Verständnis dafür haben, dass die Güte des Gebers den Wert einer Gabe ausmacht und nicht der Preis. Ihre Weihnachtsgeschenke sind nur allzu oft Zeichen des eitlen, kulturlosen Snobismus, der Rekordsucht; das Normale hat für sie keinen Reiz. Schon die Kinder der Dollarkönige erhalten so kostspielige Geschenke, dass es

im späteren Leben kaum noch eine Steigerung für sie gibt. Der zweijährige Sohn des Milliardärs Harry Payne Whitney, der mit einer Tochter Vanderbilts verheiratet ist, bekam einmal zu Weihnachten eine aus einem besonders schönen Elefantenzahn angefertigte, mit Gold und Edelsteinen verzierte Kinderklapper im Werte von über 32.000 Mark. - Lord Sharson in Los Angeles schenkte vor längeren Jahren seinem Töchterchen eine Puppe, Kitty genannt, welche die Kleinigkeit von 34.000 Mark gekostet hatte. Kitty konnte sprechen und gehen wie ein Mensch; ihr wunderschöner Kopf war von dem berühmten amerikanischen Bildhauer Joe Tyson modelliert worden. Um die Ausstattung dieses Puppenwunders, bestehend aus zahlreichen Wäschestücken, Kleidern, Pelzen, Hüten, Schuhen, Schmucksachen usw. in Ordnung zu halten, war gleichzeitig eine Kammerfrau engagiert worden.

Ein Milliardär in Baltimore liess zu Weihnachten für seinen Sohn in einem besonderen Raum ein vollständiges kleines Dorf mit Kirche, Häusern, Mühle, Bach, Dorfteich, Wiesen und Wäldern errichten. Drückte man auf den Knopf einer versteckten Mechanik, so läutete die Glocke, drehte sich die Mühle, bewegten sich Wagen und Menschen auf den Wegen, tanzten die Kinder auf dem Dorfplatz, krächten die Hähne, sangen die Vögel usw. Das Kunstwerk verschlang die Summe von 35.000 Mark. - Ralph Sullivan, der Sohn des bekannten Milliardärs in Philadelphia, bekam einmal zu Weihnachten die kostbarste Eisenbahn der Welt geschenkt. Sie war in einem besonders grossen Raum untergebracht, lief auf Schienen von 76 Metern Länge und hatte nicht weniger als 200.000 Mark gekostet. - Als die drahtlose Telegraphie erfunden worden war, kam ein New Yorker Geldfürst auf den Gedanken, für seinen kleinen Sohn in seinem Palais in der "Fünften Avenue" als Weihnachtsüberraschung eine eigene Station errichten zu lassen, die natürlich schweres Geld kostete. Andre Millionäre machten die Sache sofort nach und beglückten ihre Kinder mit demselben "Spielzeug". Zunächst begnügte man sich damit, von Palais zu Palais zu telegraphieren, aber bald war man der Sache überdrüssig und sann auf eine Sensation. An einem stürmischen Abend machte man sich den "Spass", den Rettungsstationen an der Küste die Nachricht zukommen zu lassen, dass bei Rhode Island ein Schiff in Seenot sei. Sofort wurden alle Anstalten zur Rettung der Schiffbrüchigen getroffen, bis der Schwindel schliesslich herauskam. Die Anstifter blieben unbestraft, da in Amerika ein Millionärsohn sich alles herausnehmen kann.

Natürlich fallen die Weihnachtsgeschenke für die Bräute und Frauen der Geld- und Börsenkönige besonders grossartig aus. So "überraschte" George W. Vanderbilt seine Verlobte mit einem Schmuck aus Diamanten und Rubinen im Werte von 600.000 Mark. Diese Gabe wurde noch übertrumpft durch ein Weihnachtsgeschenk des Milliardärs Olivier H.P. Belmont, der für 720.000 Mark seiner Gattin die berühmte Perlenschnur kaufte, welche einst die Königin Marie Antoinette von Frankreich getragen hatte. - 1912 machten in New York zwei Weihnachtsgeschenke viel von sich reden, die in ihrer Art einen Rekord darstellten. In einer Gesellschaft der "Oberen 400" prahlte ein Millionärsohn mit einem Diamantendiadem im Werte von 2 Millionen Mark, das er für seine Braut gekauft hatte. Man zollte ihm lebhaft Beifall, und er fühlte sich bereits als Sieger beim "Weihnachtsgeschenk-Rekord", als plötzlich der grosse Philanthrop und Stifter Andrew Carnegie, der sich anscheinend über den Renommisten ärgerte, nachlässig in die Brusttasche griff, sein Scheckbuch herauszog, einen Scheck von 5 Millionen Dollar ausschrieb und ihn mit den Worten auf den Tisch legte, dass dies Weihnachtsgeschenk, das zweifellos den Rekord der Rekorde darstelle, für die Errichtung eines Blinden-, Taubstummen- und Krüppel-Heims in New York bestimmt sei. Er forderte die Anwesenden auf, seinem Beispiel zu folgen. Auf diese Weise kamen an jenem Abend 7 Millionen zusammen, und der junge Prahlhans, der die ihm von Carnegie erteilte Lehre wohl verstanden hatte, war dabei mit 500.000 Dollar vertreten.

Seitdem der deutsche Weihnachtsbaum in Amerika seinen Einzug gehalten hat, sucht man sich in Millionärskreisen in der Kostbarkeit der Ausschmückung gegenseitig zu übertreffen. Das wertvollste Exemplar dieser Art stand vor langen Jahren im Salon des Klondyker Millionärs James Clements, der als armer Bremser bei der Southern Pacific Railway begonnen und als Goldsucher binnen kurzer Zeit ein nach vielen Millionen Dollar zählendes Vermögen erworben hatte. Das erste Weihnachtsfest nach seiner Rückkehr aus dem Goldlande wurde von ihm in New York überaus prunkvoll gefeiert. Er hatte es sich in den Kopf gesetzt, den wertvollsten Weihnachtsbaum der Welt auszuputzen, was ihm auch gelang. Um den Stamm war ein ansehnlicher Berg von 20-Dollar-Goldmünzen aufgeschichtet, aus dem die Tanne gleichsam herauswuchs. Die 48 Lichter steckten in goldenen Haltern, und der Baumbehang bestand nur aus Goldklumpen. Der Wert dieses Weihnachtsbaumes betrug rund 300.000 Mark.- Eine andere kostbare Weihnachtstanne schmückte einst der New Yorker Millionär Brown für seine Verwandten und Freunde aus. An dem durch 72 Kerzen beleuchteten Baume hingen goldene Uhren, Ketten, Cigarettdosen, Streichholzscheiteln, Broschen, Ringe, Nadeln, Armbänder usw., mit Edelsteinen reich besetzt, sowie für die Kinder echt goldene und silberne Trompeten, Trommeln mit Gold- und Silberbeschlag, goldene und silberne Klappern usw. Dieser "geschmackvolle" Baumbehang hatte die Kleinigkeit von 250.000 Mark gekostet,- Als Attrappen für kostspielige Weihnachtsüberraschungen erfreuen sich in Millionärskreisen Riesenknallbonbons von jeher besonderer Beliebtheit. Den grössten liess einmal der Kupferkönig Clark anfertigen; er war 30 Fuss hoch, hatte in seinem Innern eine Wendeltreppe und zahlreiche Fächer mit Geschenken im Werte von 140.000 Mark.

Ernst Edgar Reimerdes.

Weihnachtslieder.X

SPD. Jetzt ist wieder die Zeit, wo Klein=Erika den ganzen Tag singt. Auf der Strasse, in den Radiogeschäften, in der Kleinkinderschule, überall hört Klein=Erika die alten Lieder, und wenn ihr Vater auch alles andre als fromm ist, Klein=Erika hat's mit der Frömmigkeit. Sie singt vom Christkindchen und vom Weihnachtsmann und vom lieben Gott und allen miteinander. Und da sie die Melodien aller Lieder, die sie hört, leichter behält als den Text, andererseits aber auch wieder nicht so dumm ist, dass sie mit einfachem Gebrumm über die vergessenen Stellen sich hinweghelfe, so macht sie sich ihre Texte selbst.

Am liebsten singt Klein=Erika das Lied vom Tannenbaum, der nicht nur zur Sommerzeit grünt; aber bei ihr wird daraus: "Du grüsst mich nur zur Sommerzeit". Und vom Christkind, das mit seinem Segen in jedes Haus einkehrt, sagt sie, praktisch und mütterlich zugleich: "Kejrt mit seinem Besen ein in jedes Haus". Von dem Engel, der durch die Lange zieht, ohne dass ihn einer sieht, stellt sie fest: "Kein Auge kann ihn sehen, doch alle stehen leer".- Ein wenig unlogisch, aber es reimt sich wenigstens, und das ist bei einem Dichterkinde die Hauptsache.

Ganz toll ist es, wenn Klein=Erika singt: "Ihr Kinderlein, kommet"! Da wird sie bissig: "Ihr Kinder, verkommet", singt sie, und das tun sie denn wohl auch. Da, wo es heissen soll: "Und der Vater im Himmel für Freude uns macht", singt sie: "Der Vater im Himmel, die Mutter im Stall". Da wir gerade im Stalle sind, wo Maria und Joseph ihr Kind betrachten, mag auch gleich Erikas Fassung mitgeteilt werden, die sie hier unterlegt: Statt "Maria und Joseph betrachten es froh", singt die nämlich: "Maria und Joseph vertragen sich so." Na, ja, das sieht sie denn auch zu Hause nicht anders. Dass sie allerdings aus der gnaden-

bringenden eine knabenbringende Weihnachtszeit macht, gefällt mir weniger; denn man soll den Teufel nicht an die Wand malen, auch wenn er nur ein Storch ist.

Nun wäre der Augenblick gekommen, Klein=Erika ein paar jener Fassungen zu unterschieben, die gewöhnlich als Kindermund durch die Blätter laufen. Aber das wollen wir unterlassen, denn so schön auch die Stelle von der Marie, die reine macht, ist, ausser in Witzblättern bin ich ihr noch nicht begegnet. Dafür aber hat sich Klein=Erika einen eigenen Vers zu dem Liede: "Weisst du, wieviel Sternlein stehen", gemacht, das zwar kein Weihnachtslied ist, aber dennoch mitgeteilt sei, weil es sich so schön in den Rahmen fügt. Anstatt "Gott, der Herr, hat sie gezählet", singt sie nämlich: "Gott der Herr hat sieben Zähne". Da mag sie recht haben, aber es ist schwer nachzuprüfen; denn der Mensch soll sich kein Bildnis machen, sonst muss er am Weihnachtstage mit Kästner singen: "Morgen, Kinder, wird's nichts geben". Aber das wird in diesem Jahre sowieso die Grundmelodie aller Weihnachtslieder sein, denn, wie singt doch Kästner weiter: "Nur, wer hat, kriegt noch geschenkt!" - Und wer hat heute noch, auf dass er was dazu bekomme?
Erich Grisar.

Das ist Weihnachtszeit.^x

Am Strassenrande erste Tannenbäume, - - -
Die Weihnacht naht, und heute ist Advent,
Das Herz durchbeben frohe Kinderträume.
Wenn an dem Zweig die bunte Kerze brennt,
Dann soll der Hader schweigen, - Hass und Streit, -
Auf Erden Friede! - Das ist Weihnachtszeit!

Am Strassenrande seh' ich einen hocken,
Er ist schon alt, die Augen schau'n wie blind
Aus welchem Antlitz, an den grauen Locken
Zerzt unbarmherzig kalter Morgenwind,
Streut Flocken drauf, es regnet und es schneit, -
Die Lippen stammeln: "Hunger"! - Weihnachtszeit!

An meiner Tür vernehm' ich leises Pochen,
Ein Junger ist's, der da gestanden hat,
Er ging von Haus zu Haus schon viele Wochen
Und bat um Brot, und wurde niemals satt.
Kein Heim, nicht Arbeit, - doch die Welt ist weit,
Und viele wandern, - das ist Weihnachtszeit!

Nun eine Frau! Sie schleppt auf krummen Rücken
Den Korb, drin glitzert's silbern, grün und rot,
Glaskugeln sollen bunt den Christbaum schmücken,
Es treibt die Frau treppauf, treppab die Not,
"Wer kauft?" - sie kennt nicht Rast noch Müdigkeit,
Daheim die Kinder hungern, - das ist Weihnachtszeit!

Und manche fiedeln draussen lust'ge Lieder,
Und manche handeln bill'gen Kram und Tand,
Der blickt voll Trotz, - voll Scham blickt jener nieder,
Und jeder streckt um Gaben aus die Hand.
Und jedes Antlitz schrieb die harte Schrift das Leid,
Ich kann sie lesen, - das ist Weihnachtszeit!

Das fromme Wort: "Den Menschen Wohlgefallen",
Es grüsst wohl froh in allen Kirchen heut',
* Und Beter singen, Orgeltöne hallen,
Von Türmen tönt der Glocken Festgeläut.
Doch mir im Ohr schrillt's grell - das Elend schreit:
"Wann naht Erlösung?" - - Das ist Weihnachtszeit!

Henni Lehmann.

SPD. Der gut befestigte Weihnachtsbaum.^x Das Befestigen von Stielen aller Art ist heute noch, trotz aller Erfindungen, für die Hausfrau eine recht lästige Sache. Viele Menschen haben z.B. jedes Jahr alle Mühe, um ihren Christbaum im Ständer zu befestigen. Die einmalige Anschaffung einer billigen, groben Holzraspel kann ihnen in allen Fällen helfen, jeden Stiel leicht in die gewünschte Stärke zu bringen. Doch soll er nicht genau passend geraspelt, sondern etwas dicker gelassen werden, damit man ihn klopfen kann, und zwar von allen Seiten, sodass das Holz gepresst wird. Auf diese Weise eingepasste Stiele dehnen sich dann in den Geräten wieder aus und sitzen unverrückbar fest, schon ohne Nagel.

SPD. Fensterkitt aus Weihnachtskerzen.^x Oft entstehen durch das Eintrocknen der Fensterrahmen Ritzen, die man kaum mit dem Finger fühlen kann, durch die es aber schon recht empfindlich "zieht". Man hilft sich da billig und durchgreifend auf folgende Weise: Reste von Weihnachtskerzen schmilzt man im Wasserbade und fischt die Dochte sauber heraus. Dann streicht man mit einem Pinsel oder dem Finger die Ritzen mit dem Stearin aus, das sofort an der Luft hart wird. Um das Stearin flüssig zu halten, lässt man es während der Arbeitszeit im Wasserbade und erneuert bei Bedarf nur das heisse Wasser.

SPD. Ein schreckliches Kind.^x Frau Zickel fuhr mit ihrem Söhnchen Fred in Leipzig Strassenbahn. Fred sah durch die Scheibe und rief plötzlich freudestrahlend: "Muddi, guggemal, da draussen gehd der Onggel, der immer die blauen Vögelchen bei uns auf die Meebl glähd.....!"

SPD. Vergebliche Warnung.^x Am Starnberger See steht eine Badehütte. An der Tür ist ein Schild angebracht: "Einbrechen zwecklos, da nichts in der Hütte ist".

Eines Tages stand die Tür offen, das Schloss war herausgebrochen. Und unten auf das Schild war geschrieben worden: "Ihr seid's grosse Lügner. Ich hab's ausprobiert."
